

01.04.87

EG - Fz - Wi

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemein-
schaften: Die wirtschaftliche Lage und Probleme der
wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Gemeinschaft

KOM(87) 77 endg.; Ratsdok. 5079/87

Gemäß Artikel 2 Satz 1 des Gesetzes zu den Verträgen vom 25. März 1957 zugeleitet mit Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes vom 31. März 1987 - 121 - 680 70 - E - WI 59/87 -.

Diese Vorlage ist mit Schreiben des Herrn Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 2. März 1987 dem Herrn Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt worden.

Die Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der genannten Kommissionsvorlage ist nicht vorgesehen.

Mit der unmittelbar bevorstehenden Beschlußfassung durch den Rat ist zu rechnen.

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE
UND
PROBLEME DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN KOORDINIERUNG IN DER GEMEINSCHAFT

- I. Die wirtschaftliche Lage und aktuelle Probleme der Wirtschaftspolitik
- II. Verbesserung der Wirksamkeit der Beratungen im Rat über die Wirtschaftslage in der Gemeinschaft

(Mitteilung der Kommission gemäß der
Entscheidung des Rates vom 18. Februar 1974
über die Konvergenz)

I N H A L T

	<u>Seite</u>
<u>Einleitung</u>	2
I. Die wirtschaftliche Lage und aktuelle Probleme der Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft	
I.1 Jüngste Entwicklung und Konjunkturaussichten	3
I.2 Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten	9
I.3 Wirtschaftspolitische Probleme	13
I.4 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	22
II. Verbesserung der Wirksamkeit der Beratungen im Rat über die Wirtschaftslage in der Gemeinschaft	26
II.1 Die Mitteilung der Kommission an den Rat Wirtschaft und Finanzen im Juli	27
II.2 Der Jahreswirtschaftsbericht	29
II.3 Beratung der Mitteilung der Kommission durch den Rat Wirtschaft und Finanzen im März	31
Schlußfolgerung	31
<u>Statistischer Anhang</u>	33

Einleitung

Die vorliegende Mitteilung ist in Anwendung der Ratsentscheidung vom 18. Februar 1974 (1) an den Rat gerichtet; diese Entscheidung sieht eine Beratung über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft jeweils im ersten Vierteljahr und gegebenenfalls eine Anpassung der wirtschaftspolitischen Leitlinien für das laufende Jahr an neue Erfordernisse der Wirtschaftsentwicklung vor.

Diese Mitteilung besteht aus zwei Teilen.

Teil I enthält eine Analyse der wirtschaftlichen Lage, der Aussichten für 1987 sowie der aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme.

In Teil II werden Überlegungen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Beratungen im Rat über die Wirtschaftslage in der Gemeinschaft, die der Rat regelmäßig auf Grundlage der "Konvergenzentscheidung" (1) durchführt, angestellt und Vorschläge der Kommission dazu unterbreitet.

(1) Entscheidung des Rates vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (74/120/EWG).

I.1. Jüngste Entwicklung und Konjunkturaussichten

Die Gemeinschaft befindet sich in einer schwierigen Konjunktursituation. Nach aller Voraussicht wird sich 1987 der Abstand zu der Wachstumsrate vergrößern, die im Rahmen der kooperativen Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung notwendig ist, um die Arbeitslosenquote bis zum Ende dieses Jahrzehnts deutlich zu senken. Die Hoffnungen auf eine weitere Beschleunigung des Wachstums, die noch im Oktober gehegt werden konnten, schwinden mehr und mehr. Wenn die gegenwärtigen Tendenzen anhalten und es nicht zu einer raschen und entschlossenen Veränderung der Verhaltensweisen und der Politiken kommt, wird es nicht möglich sein, die in den beiden letzten Jahreswirtschaftsberichten für Beschäftigung und Arbeitslosigkeit anvisierten Ziele zu erreichen oder ihnen auch nur deutlich näherzukommen.

Ende Januar haben die Kommissionsdienststellen ihre Wirtschaftsvorausschätzungen vom Oktober, auf die sich der Jahreswirtschaftsbericht stützte, teilweise revidiert. Diese Revision erstreckte sich auf die wichtigsten makroökonomischen Größen; sie liegt dieser Mitteilung zugrunde. Nach diesen neuen Vorausschätzungen (vgl. Tabelle 1), die weiterhin mit Unsicherheiten behaftet sind (1), dürfte das durchschnittliche Wachstum in der Gemeinschaft schwächer ausfallen, als man noch im Oktober hoffen konnte (2,3% anstelle von 2,8%). Dagegen wurde die Vorausschätzung für 1986 bestätigt (2,5%), wobei allerdings für einige Länder größere Abweichungen festzustellen sind (vgl. Tabelle 3).

Tatsächlich haben sich die im letzten Jahreswirtschaftsbericht dargelegten Befürchtungen über das außenwirtschaftliche Umfeld zum Teil konkretisiert: es entwickelt sich noch ungünstiger als im vierten Quartal des vergangenen Jahres angenommen worden war. Außerdem lassen die bisher vorliegenden Konjunkturindikatoren für die zweite Jahreshälfte 1986 eine deutliche Konjunkturabschwächung in den letzten Monaten erkennen, insbesondere bei der Investitionsgüterproduktion und den Ausfuhren. Dieser Eindruck wird durch die jüngste Entwicklung konjunktureller Frühindikatoren, wie z.B. der Auftragsbestände, bestätigt.

(1) siehe Seite 8 und 9.

Die Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfelds hat vor allem folgende Aspekte:

- Insbesondere wegen des Kursverfalls des USD gegenüber dem ECU zu Beginn des Jahres mußten die technischen Hypothesen für die Wechselkurse revidiert werden (für den USD wird jetzt eine Abwertung um etwa 13% zwischen 1986 und 1987 im Jahresdurchschnitt gegenüber dem ECU angenommen statt 5% in der Oktoberprognose); sie entsprechen etwa einer Stabilisierung der Wechselkurse auf ihrem aktuellen Stand.
- Die Zunahme des Welthandels, für die im Oktober noch eine gewisse Beschleunigung erwartet worden war, dürfte sich 1987 gegenüber 1986 abschwächen. Insbesondere in den Vereinigten Staaten scheinen die Einfuhren sowohl von einer dort nachlassenden Inlandsnachfrage als auch von der durch die Dollar-Abwertung verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Unternehmen beeinträchtigt zu werden. In Japan wird die zur Zeit vorgenommene Haushaltsreform kaum zur Beschleunigung der inländischen Nachfrage beitragen, die im Übrigen für 1987 nach unten revidiert werden mußte (von 3,8% auf 3,5%). Es werden zwar immer noch kräftige Gütereinfuhren von diesem Land erwartet (etwa 10% im Vergleich zu 13% im Jahr 1986); Nutznießer davon dürften aber vor allem die amerikanischen Unternehmen sein, da diese von der besonders starken Aufwertung des Yen gegenüber dem USD profitieren. Die Abschwächung des Wachstums in den Industrieländern dürfte die Schwierigkeiten in den Entwicklungsländern vergrößern; deren Einfuhrnachfrage wird wohl ebenfalls weniger schnell wachsen als im Oktober vorausgeschätzt. Die OPEC-Länder setzen schließlich 1987 in Folge der veränderten Lage auf den Erdölmärkten den Abbau ihrer realen Einfuhren fort.

Wegen dieser beiden Faktoren wurden die Vorausschätzungen für das reale Wachstum der Ausfuhren der Gemeinschaft nach unten revidiert; es dürfte 1987 nur noch 2,5% bis 3% ausmachen (vgl. Tabelle 1).

Diese anhaltende Ausfuhrschwäche ist die wesentliche Ursache für eine fühlbare Abschwächung des Wachstums der inländischen Endnachfrage (von 3,8% im Jahre 1986 auf 3,2% im laufenden Jahr). Offenbar sind die Auswirkungen der Ausfuhrverlangsamung und die Ungewißheit über die weitere Entwicklung

.../...

des außenwirtschaftlichen Umfeldes die wichtigsten Faktoren dafür, daß das geschätzte Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt der Gemeinschaft sowohl für 1986 als auch für 1987 nach unten korrigiert werden mußte. Ihr Wachstum wäre demnach in beiden Jahren schwächer als 1985 (etwa 5% gegenüber fast 8% im Jahr 1985). 1986 konnte diese Verlangsamung im wesentlichen durch eine gewisse Belebung des privaten Verbrauchs wettgemacht werden (von 2,3% im Jahr 1985 auf 3,8% im vergangenen Jahr), die sich weitgehend auf den Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte dank verbesserter realer Austauschverhältnisse (Terms of Trade) gründete. Dieser Einfluß wird jedoch 1987 voraussichtlich schwächer werden, und das Wachstum des privaten Verbrauchs dürfte sich im Vergleich zum Vorjahr abflachen (von 3,8% auf 3,3%).

Im übrigen hat die jüngste Entwicklung auf den Erdölmärkten die Kommissionsdienststellen dazu veranlaßt, ihre technische Hypothese für den Ölpreis (1) nach oben zu revidieren (unter Berücksichtigung der Hypothese für den ECU/USD- Wechselkurs von ungefähr 12 ECU/Barrel auf 13,3 ECU/Barrel).

Insgesamt sind somit die negativen Auswirkungen des außenwirtschaftlichen Umfeldes, die direkten Auswirkungen auf die Ausfuhren ebenso wie die indirekten auf die Investitionen, stärker als erwartet. Dies schwächt die positiven Effekte der verbesserten realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade) auf die inländische Endnachfrage rascher ab als noch im Oktober vorausgeschätzt wurde.

In der Bundesrepublik Deutschland machen sich die oben beschriebenen Faktoren besonders stark bemerkbar. Das Ausfuhrvolumen dürfte bereits 1986 geschrumpft sein (-1%) und 1987 stagnieren. Das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen wird sich wahrscheinlich spürbar verlangsamen (von 9,4% im Jahr 1985 auf 4% bis 5% in den Jahren 1986 und 1987). Das reale Wachstum des BIP dürfte 1986 nur 2,5% erreicht haben und 1987 bei etwa 2% liegen (vgl. Tabelle 3).

(1) durchschnittlicher Einfuhrpreis cff

In den übrigen Ländern könnten die Auswirkungen dieser Faktoren vor allem im Laufe der nächsten Monate sichtbar und durch die Konjunkturabschwächung in Deutschland noch verstärkt werden. So wird sich das Wachstum voraussichtlich zwischen 1986 und 1987 in fast allen Ländern der Gemeinschaft mit Ausnahme Irlands, Italiens und des Vereinigten Königreichs verlangsamen. Besonders ausgeprägt dürfte die Abschwächung in Dänemark ausfallen, nachdem sich die Regierung im Oktober wegen der Verschlechterung der Zahlungsbilanz zu Maßnahmen veranlaßt sah, mit denen die inländische Endnachfrage gedämpft werden soll; ebenso in Belgien, wo die Haushaltssanierung der Wirtschaft noch erhebliche Beschränkungen auferlegt. In den übrigen Ländern wird die Wachstumsverlangsamung gegenüber 1986 nach den derzeitigen Vorausschätzungen zwischen 0,2% (Spanien) und 0,7% (Portugal) ausmachen, während man noch im Oktober in fast allen Ländern (mit Ausnahme Griechenlands und Portugals) eine leichte Beschleunigung erhofft hatte.

In Irland blieb das Wachstum 1986 deutlich hinter dem der gesamten Gemeinschaft zurück (+1,2% gegenüber +2,5%), da vor allem das Investitionsvolumen deutlich zurückging. Die Beschleunigung des Wachstums 1987 um etwa einen Prozentpunkt würde bis zu einem gewissen Grade einem Aufholen dieses Rückstandes entsprechen. Nach den bisher bekannten Tendenzen dürfte die inländische Endnachfrage in Italien die Dynamik beibehalten oder sogar noch verstärken, von der sie seit nunmehr fast drei Jahren gekennzeichnet ist, so daß die Ausfuhrverlangsamung kompensiert werden könnte. Im Vereinigten Königreich schließlich, dessen Währung sich in den letzten beiden Jahren gegenüber dem ECU abgeschwächt hat, könnten die Ausfuhren noch kräftig zunehmen (5,8% gegenüber 2,8% im Gemeinschaftsdurchschnitt); allerdings dürfte sich auch der private Verbrauch wegen eines ziemlich raschen Lohnanstiegs weiterhin dynamisch entwickeln.

Daß sich die Wachstumsaussichten für fast alle Länder der Gemeinschaft ungünstiger entwickeln bleibt selbstverständlich nicht ohne Folgen für die Beschäftigung; demnach würde die Arbeitslosenquote auf dem Stand von 1985, d.h. bei etwa 12% im Durchschnitt der Zwölferegemeinschaft, stagnieren; im Oktober war noch ein gewisser Rückgang erhofft worden (um 0,3 Prozentpunkte zwischen 1985 und 1987; vgl. Tabelle 1).

.../...

Die durchschnittliche Inflationsrate in der Gemeinschaft wird voraussichtlich weiter sinken (von 3,6% im Jahr 1986 auf 3,2% im laufenden Jahr für den Deflator des privaten Verbrauchs). In den einzelnen Ländern zeichnet sich dabei eine unterschiedliche Entwicklung ab, die die Konvergenz verstärkt (vgl. Tabelle 3).

In einer ersten Gruppe von Ländern, die Griechenland, Spanien, Italien und Portugal umfaßt, wo die Inflationsrate deutlich über dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegt, könnte sie spürbar zurückgehen.

In den übrigen Ländern, in denen die Inflationsrate ganz nahe bei oder unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegt, dürfte sie dagegen 1987 wieder etwas ansteigen. Damit würden sie sich wieder der trendmäßigen Inflationsrate annähern, von der sie sich 1986 infolge des Ölpreiserückgangs entfernt hatten. Selbst wenn in dieser Ländergruppe das durchschnittliche Inflationsniveau recht niedrig ist, bestehen doch noch zu große Unterschiede. Da die inflationsdämpfenden außenwirtschaftlichen Einflüsse jetzt nachlassen, bedarf es in manchen dieser Länder nach wie vor besonderer Wachsamkeit, um das bisher Erreichte zu konsolidieren.

Der Leistungsbilanzsaldo der Gemeinschaft wird voraussichtlich auch 1987 einen Überschuß aufweisen (rund 1% des BIP gegenüber 1,2% im Jahr 1986; vgl. Tabelle 1). Die Gemeinschaft kann damit einen großen Teil der günstigen Auswirkungen des Ölpreiserückgangs und der Verbesserung der realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade) vom vergangenen Jahr bewahren und gleichzeitig wie 1986 durch die relative Entwicklung der realen Aus- und Einfuhren einen Beitrag zur Beseitigung der Zahlungsbilanzungleichgewichte leisten. Zwischen den einzelnen Ländern bestehen allerdings nach wie vor große Unterschiede. In der Bundesrepublik Deutschland dürfte der Überschuß 1987 3% des BIP ausmachen (gegenüber 3,9% im letzten Jahr). In Belgien und Portugal, zwei Ländern, in denen die Auslandsverschuldung noch hoch und ihre Verringerung willkommen ist, könnte er sogar über 3% des BIP ausmachen. Umgekehrt zeichnet sich für die Niederlande eine gewisse Anpassung ab; der Leistungsbilanzsaldo dürfte sich 1987 auf 2,5% des BIP belaufen gegenüber 3,7% im vergangenen Jahr. In Spanien wird sich der Leistungsbilanzüberschuß 1987 von 2,1% auf 1,1% des BIP reduzieren.

In Dänemark wird sich der Saldo der Leistungsbilanz, die 1986 ein starkes Ungleichgewicht mit einem Defizit von fast 5% des BIP aufwies, 1987 voraussichtlich um etwa 1,5 Prozentpunkte des BIP verbessern. Das Gleiche gilt für Griechenland, wo das Stabilisierungsprogramm weiter wirksam bleiben dürfte; allerdings wird das Leistungsbilanzdefizit (1) wohl auch 1987 noch eine Größenordnung von 3%-4% des BIP erreichen. In den übrigen Ländern wird der Leistungsbilanzsaldo wahrscheinlich zwischen -1% und +1% des BIP ausmachen und damit in der Nähe des Gleichgewichts bleiben.

Die wesentlichen Unsicherheitsfaktoren für diese Vorausschätzung sind:

- Die internationalen Leistungsbilanzungleichgewichte bleiben bestehen (der japanische Überschuß betrug 1986 89 Milliarden USD, d.h. 4,5% des BIP, das Defizit der USA 143,3 Milliarden USD, d.h. 3,4% des BIP). Sie stellen eine schwere Belastung für eine Stabilisierung des internationalen Währungssystems und für eine stetige Ausweitung des Welt Handels dar. Sollte sich die sich gegenwärtig abzeichnende Drohung einer Ausweitung des Protektionismus bestätigen, könnte dies rezessive Auswirkungen auf die Industrieländer haben und die Schwierigkeiten der hochverschuldeten Entwicklungsländer noch vergrößern. Die jüngste Entscheidung der brasilianischen Regierung, die Zinszahlungen für die Auslandsschulden teilweise einzustellen, belegt das Ausmaß dieser Schwierigkeiten.
- Es ist unterstellt worden, daß die amerikanischen Ausfuhren kräftig auf die Dollarabwertung reagieren werden, was ein dort sonst eher ungünstiges Konjunkturklima teilweise kompensieren würde. Das Ausmaß dieser Reaktion läßt sich jedoch nur schwer abschätzen und könnte im übrigen durch strukturelle Probleme der amerikanischen Industrie in Frage gestellt werden.
- Für die Dosierung der Wirtschaftspolitik in den Vereinigten Staaten wird angenommen, daß die Haushaltspolitik im wesentlichen den Zielen der amerikanischen Bundesregierung folgt und ab 1987 zu einer deutlichen Verringerung des öffentlichen Defizits führt. Dadurch könnte der Druck

(1) nach der Zahlungsbilanzstatistik.

auf die langfristigen Zinsen nachlassen. Diese Hypothese könnte jedoch vor allem dann in Frage gestellt werden, wenn die Haushaltssanierung nicht in dem angestrebten Tempo fortgesetzt wird und die Währungsbehörden sich veranlaßt sehen sollten, auf einen anhaltenden Kursverfall des Dollar zu reagieren. In diesen Fällen würden die langfristigen Zinsen in den Vereinigten Staaten unter Druck nach oben geraten, was zusätzliche negative Folgen für die 1987 ohnehin schon geschwächte inländische Endnachfrage und die Lage der hoch verschuldeten Entwicklungsländer hätte.

- Von der Verbesserung der realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade) könnten in der Tat noch einige verzögerte Auswirkungen auf die inländische Endnachfrage der Gemeinschaft ausgehen. Es läßt sich andererseits jedoch zur Zeit kaum abschätzen, wie sich das ungünstigere Konjunkturklima und die schwächere Nachfrage auf die Investitionen auswirken werden.

So könnten die derzeitigen Vorausschätzungen der Kommissionsdienststellen, die sich auf die bisher bekannten Tendenzen der letzten Zeit stützen, in Bezug auf den Welthandel und für manche Länder der Gemeinschaft noch zu optimistisch sein. Die Verwirklichung der im "Louvre-Kommuniqué" vom 22.2.1987 erklärten Absichten könnte sich jedoch günstig auf die internationalen wirtschaftlichen und monetären Perspektiven auswirken.

1.2 Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten

In den letzten Monaten wurden die Mitgliedstaaten mit bedeutenden Änderungen der internationalen Rahmenbedingungen und insbesondere der raschen Abwertung des USD konfrontiert, was die Durchführung ihrer Wirtschaftspolitiken kompliziert hat.

So wurden insbesondere in Bezug auf die Geldmenge die internen Ziele unter unsicheren internationalen Rahmenbedingungen weiterverfolgt. Die ausgeprägte Verlangsamung der Inflation sowie auch andere Faktoren haben wahrscheinlich die Geldnachfrage vergrößert. Eine gewisse Ausweitung der

Liquidität steht also nicht mit dem Ziel einer mittelfristigen Kontrolle des Geldmengenwachstums im Widerspruch. In den Ländern, die Zielvorgaben für monetäre Größen bekanntgeben, gingen die Zuwachsraten im allgemeinen über die festgelegte Obergrenze hinaus oder kamen dieser doch zumindest sehr nahe, ohne daß dies als eine übermäßige Lockerung der Geldpolitik zu verstehen wäre.

Die Ziele für das Geldmengenwachstum im Jahr 1987 wurden im allgemeinen nach denselben Prinzipien festgelegt wie die von 1986. Im Fall der Bundesrepublik Deutschland verschafft jedoch die leichte Vergrößerung des Abstands zwischen Unter- und Obergrenze des Geldmengenziels der Zentralbank einen zusätzlichen Spielraum für die Verwirklichung einer Stabilisierungspolitik unter wechselnden internationalen Rahmenbedingungen. Seit einigen Monaten führten jedoch der ausgeprägte Kursrückgang des Dollar und eine ungenügende Beachtung der notwendigen Zinsdifferentiale innerhalb des EWS, die ihrerseits mit den internen wirtschaftlichen Problemen der Mitgliedstaaten in Zusammenhang steht, zu Spannungen im Europäischen Währungssystem. Der beschleunigte Fall der amerikanischen Währung mußte daher zu der Neufestsetzung der Leitkurse am 12. Januar 1987 führen.

Angesichts der anhaltenden Dollarschwäche und zur Ergänzung und Verstärkung der Auswirkungen des Realignments haben die deutschen Währungsbehörden am 22. Januar ihre Leitzinsen gesenkt und eine Reihe von Vorkehrungen getroffen, um die Geldmarktzinsen signifikant zu senken und gleichzeitig Liquidität abzuschöpfen, die sich wegen des massiven Zustroms von kurzfristigem Kapital aus dem Ausland bei den Geschäftsbanken angesammelt hat.

Nach den bisher vorliegenden Informationen über die Verwirklichung der Orientierungsdaten für die Haushalte dürfte das Finanzierungsdefizit des Staates in der Gemeinschaft insgesamt 1986 so hoch gewesen sein wie im September/Okttober des vergangenen Jahres erwartet (4,7% des BIP; vgl. Tabelle 1). Da jedoch in den für 1987 verabschiedeten Haushaltsplänen trotz im Einzelfall beträchtlicher Anstrengungen nicht in allen Mitgliedstaaten sämtliche vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen berücksichtigt worden sind

.../...

und die vorhersehbare Einnahmeentwicklung zur Zeit weniger dynamisch aussieht als früher erwartet worden war, dürfte das Defizit 1987 nach den jüngsten Vorausschätzungen bei 4,3% des BIP (anstatt 4,1% nach der Vorausschätzung vom Oktober) liegen. Da die Wachstumsrate des nominalen BIP nach unten revidiert werden muß, könnte die Zuwachsrate der Verschuldung des Staates im Verhältnis zum BIP 1987 im Durchschnitt der Gemeinschaft etwas über die im Jahreswirtschaftsbericht 1986-87 angegebene Zahl von circa 1,5% hinausgehen. Dabei bestehen große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Auf der einen Seite dürften Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung im Verhältnis zum BIP in etwa stabilisiert haben. Andererseits wird die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BIP wohl in Belgien, Spanien, Irland, Italien, den Niederlanden und Portugal noch zu stark zunehmen.

Die revidierten Schätzungen und Vorausschätzungen hinsichtlich der Entwicklung der Gesamtgrößen und der Salden der öffentlichen Haushalte für Belgien, Spanien, Frankreich und Luxemburg lassen relativ geringe Abweichungen gegenüber den Vorausschätzungen vom Herbst erkennen (vgl. Tabelle 3). In der Bundesrepublik Deutschland wird der Umfang der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung 1987 höher und die Zunahme der Einnahmen niedriger sein als ursprünglich vorausgeschätzt; das Finanzierungsdefizit des Staates könnte 1,1% des BIP erreichen und damit von 1986 auf 1987 geringfügig ansteigen. In Griechenland, Italien und Portugal könnte das Finanzierungsdefizit des Staates 1987 ebenfalls höher sein als man im Herbst erwartet hatte. In Dänemark ergab der Haushaltsvollzug 1986 einen höheren Überschuß als ursprünglich erwartet. Die gegenwärtig prognostizierte merkliche Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit könnte sich jedoch ungünstig auf die großen Haushaltsposten auswirken. Der Überschuß könnte in diesem Jahr merklich schrumpfen. In den Niederlanden ergab sich für 1986 ein weniger hohes Haushaltsdefizit als zunächst angenommen, was auch eine Verringerung des für 1987 vorausgeschätzten Defizits zur Folge hat.

Gewisse Anzeichen lassen vermuten, daß der Anstieg der Löhne und Gehälter etwas stärker ausfallen wird als man im Herbst angenommen hatte. In mehreren Mitgliedstaaten (Belgien, Spanien, Italien und Portugal) scheint die Zuwachsrate der Nominallöhne bereits heute über das im Herbst erwartete

Maß hinauszugehen, so daß die Pro-Kopf-Löhne in der Gemeinschaft insgesamt 1987 um 5,3% anstatt 4,8% - wie im Jahreswirtschaftsbericht vorausgeschätzt wurde - steigen könnten (vgl. Tabelle 1). Gegenüber 1986 würde dies im Gemeinschaftsdurchschnitt immer noch eine Verlangsamung um einen Prozentpunkt bedeuten. In manchen Mitgliedstaaten waren und sind die Vorausschätzungen hinsichtlich der Lohnentwicklung allerdings mit Unsicherheitsfaktoren behaftet, da die entscheidenden Lohnverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind oder noch nicht eingeleitet waren, als die revidierten Vorausschätzungen für 1987 ausgearbeitet wurden.

Wie bereits im Oktober vorausgeschätzt, ist für 1987 mit einer deutlichen Beschleunigung der realen Pro-Kopf-Lohnkosten (berechnet auf der Grundlage der BIP-Preise) zu rechnen, wobei der Anstieg bei 1,3% gegenüber lediglich 0,4% im Jahre 1986 liegen dürfte. Unter dem Aspekt der Einkommensentwicklung könnten die realen Löhne und Gehälter (berechnet auf Grundlage des Deflators des privaten Verbrauchs) 1987 um ungefähr 2% im Vergleich zu 2,5% 1986 zunehmen. Im Jahre 1986 hat der Rückgang der Einfuhrpreise also einen deutlichen Abstand zwischen realen Lohnkosten und realen Lohn-einkommen erlaubt. Dieser Abstand wird 1987 teilweise verschwinden.

In diesem Jahr könnten die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwächse, vor allem wegen der nach unten revidierten Wachstumsrate des BIP, geringer ausfallen als im Oktober vorausgeschätzt. Der Abstand zwischen Produktivitätsanstieg und Anstieg der realen Lohnkosten pro Kopf wäre deshalb merklich geringer als die 0,7 Punkte, die nach den Herbst-Vorausschätzungen für die Gesamtwirtschaft erwartet wurden.

Diese Lohnkostenentwicklung erlaubt kaum eine Verbesserung der Gewinn-situation der europäischen Unternehmen. Außerdem trägt sie bei den Unter-nehmen, die starkem ausländischem Wettbewerb ausgesetzt sind, kaum dazu bei, die Auswirkungen einer Verlangsamung der Nachfrageentwicklung und des Verlustes an Wettbewerbsfähigkeit in Folge der Dollarabwertung auf die Investitionen auszugleichen. Das Wachstum der Investitionen bleibt so unzureichend, gemessen an den Zielen der Kooperativen Strategie.

.../...

1.3 Wirtschaftspolitische Probleme

Die obige Analyse des Standes der wirtschaftlichen Aussichten und der Wirtschaftspolitik macht deutlich, daß die Verwirklichung der kooperativen Wachstumsstrategie für eine Beschäftigung durch das ungünstige internationale Umfeld und insbesondere die Wechselkursinstabilität kompliziert und verlangsamt wird.

Eine Wachstumsverlangsamung in der Gemeinschaft im Jahre 1987 würde dazu führen, daß die tatsächliche Entwicklung und die für einen spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren notwendige Wachstumsrate erheblich stärker auseinanderklaffen. Man müßte daher feststellen, ob es der Gemeinschaft durch eine wohlüberlegte Anpassung der Wirtschaftspolitik und der Rahmenbedingungen für das Funktionieren ihrer Wirtschaft möglich ist, die Folgen einer Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfeldes abzufangen und somit gleichzeitig zu einer Stabilisierung dieses Umfeldes beizutragen.

Zunächst einmal muß anerkannt werden, daß die Ungleichgewichte in den Leistungs- und Handelsbilanzen weltweit außerordentlich groß geworden sind. Selbst im Falle einer koordinierten und durch eine angemessene binnenwirtschaftlichen Politik abgestützten Anpassung ist daher die Korrektur dieser Ungleichgewichte eine Aufgabe, die nur mittelfristig bewältigt werden kann. Die für 1987 erwartete Entwicklung könnte, was den Abbau der externen Ungleichgewichte angeht, schon in die richtige Richtung gehen.

Zwar ist die reale Inlandsnachfrage in den Vereinigten Staaten zwischen 1980 und 1986 spürbar rascher gewachsen als das reale Bruttosozialprodukt, doch wird sich diese Relation 1987 umkehren. Im Gegensatz dazu wird in Japan und in der Gemeinschaft die Binnennachfrage 1987 wie schon 1986 rascher zunehmen als das BIP und damit zur Verbesserung des realen amerikanischen Außensaldos beitragen. Sowohl in Japan als auch in der Gemeinschaft wird der Abstand zwischen beiden Größen aber 1987 geringer ausfallen als 1986 (vgl. Tabelle 2).

Vergleicht man das Wachstum der inländischen Endnachfrage in jeder großen Wirtschaftzone mit demjenigen, das die jeweiligen wichtigsten Handelspartner im Durchschnitt erreichen (vgl. Tabelle 2 und Schaubild 2), so bestätigt sich dieser Eindruck. In den Vereinigten Staaten dürfte die inländische Endnachfrage 1987 zum ersten Mal seit 1982 langsamer wachsen als im Durchschnitt ihrer wichtigsten Partner. Der Unterschied dürfte -1,2 Prozentpunkte betragen, während er im Durchschnitt der Jahre 1983-1986 ungefähr +2,4 Prozentpunkte betragen hatte. Was die Gemeinschaft und Japan angeht, nimmt dieser Unterschied 1987 wohl zu, nachdem er 1986 noch nicht sehr ausgeprägt war (für EUR12 von 0,1 Prozentpunkten auf 0,5 Prozentpunkte, für Japan von 0,1 Prozentpunkten auf 1,0 Prozentpunkte).

Angesicht des Ausmaßes der akkumulierten Ungleichgewichte ist offenkundig, daß sich die oben beschriebenen Entwicklungen über 1987 hinaus fortsetzen müssen. Schon jetzt ist die Voraussetzung dafür, daß in den Vereinigten Staaten die von der Regierung festgelegten Ziele für den Abbau des Haushaltsdefizites verwirklicht werden. Die Entwicklungen müßten in Japan durch geeignete Maßnahmen verstärkt werden, die der inländischen Nachfrage ermöglichen würden, schneller an die Stelle des Exportes als Motor des Wachstums zu treten, das im übrigen gering bleibt. Die Gemeinschaft könnte ihrerseits durch Verstärkung ihres Wachstumspotentials zum Ausgleich der externen Ungleichgewichte beitragen.

Die durch die gegenwärtigen Ungleichgewichte hervorgerufenen Probleme werden durch die Instabilität der kurzfristigen Kapitalbewegungen noch erheblich verschärft. Die Rolle der Wechselkurse als ein wichtiges Instrument zur Korrektur der Handelsbilanzungleichgewichte zwischen den großen Wirtschaftszonen wird durch übergroße Bewegungen beeinträchtigt. Solche Bewegungen haben eine Reihe unerwünschter Auswirkungen:

- Wenn der Wechselkurs über längere Zeit wesentlich von seinem Gleichgewichtsniveau abweicht (overshooting), kann dies zu erheblichen Verzerrungen bei Ausrichtung und Qualität produktiver Investitionen führen, deren Korrektur später aufwendige strukturelle Anpassungen erfordert;

.../...

- Spekulative Entwicklungen in eine Richtung nñhren die Spekulation und tendieren dazu, sich zu verstärken und anzuhalten;
- Kurzfristig tragen Wechselkursbewegungen dazu bei, die externen Ungleichgewichte zu verschärren, da die daraus resultierenden Veränderungen der relativen Preise von Aus- und Einfuhren die Handelsbilanz praktisch unverzüglich weiter vom Gleichgewicht entfernen, während die realen Ausfuhren und Einfuhren nur mit Verzögerung reagieren (J-Kurven-Effekt).

Die bisherigen Wechselkursanpassungen haben also ihre günstigen Auswirkungen auf die Handelsbilanzsalden noch nicht vollständig entfalten können. Es ist daher zur Zeit besonders schwierig, eine Aussage über die angemessenen Wechselkurse zu machen.

Deshalb ist eine Pause in ihren Bewegungen - wie im "Louvre-Kommuniqué" vom 22.2.87 vorgesehen - erforderlich, um auf der Grundlage der künftigen Entwicklung der fundamentalen Bestimmungsfaktoren der Wechselkurse besser beurteilen zu können, ob die momentanen Veränderungen angemessen sind.

Ob neue Störungen vermieden werden können, hängt größtenteils von der Kohärenz und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik der betroffenen Länder ab. Solange sich jedoch die Änderungen in den fundamentalen Bestimmungsfaktoren in den verschiedenen Wirtschaftszonen nicht stabilisierend auf die Wechselkurse ausgewirkt haben, obliegt es den Zentralbanken, den übertriebenen und raschen Wechselkursbewegungen in angemessener Weise zu begegnen.

Um eine Stabilisierung der Devisenmärkte zu erreichen, könnte neben anderen Elementen das Gefälle der kurzfristigen Zinsen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten eine wichtigere Rolle spielen. Die jüngsten Maßnahmen der Bundesbank könnten bereits zu einer solchen Stabilisierung einen gewissen Beitrag darstellen. Die europäischen Währungsbehörden, und insbesondere die deutschen, stehen allerdings vor einem Dilemma. Sie müssen einerseits den schädlichen Auswirkungen der Aufwertung ihrer Währungen auf die Konjunkturentwicklung Rechnung tragen. Sie müssen aber auch berück-

sichtigen, daß es notwendig ist, die Glaubwürdigkeit einer auf mittelfristige Stabilität ausgerichteten Währungspolitik zu wahren. Gerade durch die dauerhafte Stabilisierung der Inflationserwartungen auf einem niedrigen Niveau schaffen sie die geeigneten Voraussetzungen für erneute, wünschenswerte Rückgänge bei den langfristigen Zinsen und vermeiden somit, störend auf den Zusammenhang zwischen kurz- und langfristigen Zinsen einzuwirken.

Andererseits sind auch die amerikanischen Behörden in einem Dilemma. Sollten sie Anstrengungen unternehmen, die monetären Rahmenbedingungen wieder restriktiver zu gestalten, um den Dollar zu stabilisieren, würden sie das Wachstum in den Vereinigten Staaten und die Lage der hoch verschuldeten Entwicklungsländer zusätzlich belasten. Es muß außerdem festgestellt werden, daß die langfristigen Zinsen in den Vereinigten Staaten auf einem besonders hohen Niveau verharren; ihr Abstand zu den kurzfristigen Zinsen bleibt groß. Dies ist wahrscheinlich einerseits auf die Unsicherheit zurückzuführen, die bezüglich möglicher inflationärer Konsequenzen der momentanen Dollarabwertung besteht, und andererseits auf Glaubwürdigkeitsprobleme bei der Verwirklichung der Politik der Abbaus der öffentlichen Defizite in diesem Land zurückzuführen. Die Handlungsspielräume auf der anderen Seite des Atlantiks sind daher ebenfalls begrenzt, was eine enge internationale Koordinierung der Geldpolitiken noch notwendiger erscheinen läßt.

Bei der Verfolgung ihrer Ziele kann sich die Gemeinschaft auf die interne Währungsstabilität stützen, die ihr das Europäische Währungssystem sichert. Sie muß parallel dazu dessen internen Zusammenhalt durch eine Konsolidierung der erreichten Stabilität ebenso wie durch eine bessere wirtschaftspolitische und monetäre Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten verstärken. Eine aufmerksame Steuerung der Zinsdifferentiale im EWS bleibt dabei von zentraler Bedeutung.

Mehr denn je muß Europa jedoch auf eine Verbesserung der internen Wachstumsbedingungen setzen. Die zentralen Leitlinien der kooperativen Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung behalten ihre volle Gültigkeit und müssen nunmehr noch nachdrücklicher und entschlossener verwirklicht

.../...

werden. Im wesentlichen geht es darum, gleichzeitig eine mit dem Stabilitätsziel vereinbare angemessene Entwicklung der Gesamtnachfrage und eine Verbesserung der Angebotsbedingungen anzustreben, letzteres insbesondere durch einen mäßigen Anstieg der realen Lohnkosten und eine verstärkte Anpassungsfähigkeit der Märkte.

Im Zusammenhang mit der Anpassungsfähigkeit der Märkte ist es nicht angezeigt, die entsprechenden Überlegungen vom vergangenen Dezember an dieser Stelle wiederaufzugreifen, da zwischen der Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts und der Vorlage dieser Mitteilung nur wenig Zeit verstrichen ist und die für diesen Bereich empfohlenen Maßnahmen struktureller Art sind; die in diesem Bereich in den einzelnen Mitgliedstaaten eingeleiteten Anstrengungen müßten fortgesetzt werden. Insbesondere die Verwirklichung des Binnenmarktes wird das Produktionspotential deutlich verstärken und den technischen Fortschritt in der Gemeinschaft beschleunigen; auf diesem Gebiet würden durch schnelle Fortschritte willkommene Zeichen gesetzt.

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sind die derzeitigen Bedingungen besonders günstig für eine Verstärkung der binnenwirtschaftlichen Wachstumsvoraussetzungen:

- die Gemeinschaft erwirtschaftet einen Leistungsbilanzüberschuß, selbst wenn zwischen den Mitgliedstaaten Unterschiede bestehen;
- die inflationären Gefahren sind weitgehend unter Kontrolle: die Aufwertung der europäischen Währungen hat dazu beigetragen; der Kapazitätsauslastungsgrad in der verarbeitenden Industrie ist 1986 praktisch stabil geblieben; der Anstieg der Nominallohne hat sich im Durchschnitt der Gemeinschaft weiter verlangsamt;
- die Angebotsbedingungen haben sich im Laufe der letzten Jahre deutlich gebessert, in einem erheblichen Maße dank des maßvolleren Anstiegs der Reallohne; die realen Lohnstückkosten wurden deutlich gesenkt, und die Rentabilität nimmt wieder zu, selbst wenn sie in zahlreichen Ländern immer noch unzureichend ist. Trotzdem zeigt diese Verbesserung noch zu wenig Wirkung bei den Investitionen und auf dem Arbeitsmarkt. Hinzu kommt noch, daß bei den derzeitigen Tendenzen die erwähnten Verbesserungen 1987 wieder zum Stillstand kommen könnten.

.../...

Es wäre zu wünschen, daß eine Beschleunigung des Wachstums letzten Endes von den Unternehmensinvestitionen getragen wird. Das schwächere Wachstum der externen Nachfrage und der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit dürften aber zu einer Abschwächung der Investitions- und Beschäftigungsanstrengungen in den Sektoren führen, die dem internationalen Wettbewerb besonders ausgesetzt sind. Um so mehr müssen die Unternehmen in den übrigen Sektoren entschlossen alle Möglichkeiten ausschöpfen, zu mehr Investition und Beschäftigung beizutragen. Dies ist ein wesentliches Element der kooperativen Strategie, das nicht von den übrigen getrennt werden kann. Die nach der jüngsten Herabsetzung der Leitzinsen in Deutschland noch denkbaren Zinssenkungen können dazu beitragen, die makroökonomischen Voraussetzungen für eine erneute Beschleunigung der Investitionstätigkeit zu verbessern. Dies muß allerdings durch eine Reihe von Maßnahmen ergänzt werden, die gleichzeitig die Angebots- und die Nachfragebedingungen verbessern.

Es wäre daher wünschenswert, daß sich die Sozialpartner in den kommenden Monaten erneut über eine Lohnentwicklung verständigen könnten, die mit einer weiteren und sogar verstärkten Verbesserung der Angebotsbedingungen vereinbar ist, deren erste Auswirkungen bereits erkennbar sind. Außerdem können bei einer gemäßigten Lohnentwicklung die inflationären Erwartungen noch weiter vermindert oder auf einem niedrigen Niveau stabilisiert werden, was günstigere Bedingungen für einen Rückgang der langfristigen Zinsen schafft und den Währungsbehörden ihre Aufgabe entsprechend erleichtern wird. Gleichzeitig muß jedoch auch die Nachfrage rascher steigen.

Soweit sich die derzeitigen Vorausschätzungen in den nächsten Monaten bestätigen oder sogar noch ungünstiger ausfallen sollten, müßten diejenigen Länder, die über einen gewissen Spielraum verfügen, rasch koordinierte Haushaltsmaßnahmen einleiten, wie dies im Jahreswirtschaftsbericht 1986-1987 vorgesehen ist, um die Angebots- und Nachfragebedingungen zu stärken.

Offensichtlich verfügt die Bundesrepublik Deutschland über den größten Handlungsspielraum. Die Bundesregierung hat im übrigen in ihrem jüngsten

.../...

Jahreswirtschaftsbericht vom 14. Januar 1987 erklärt, daß sie im Falle einer ungünstigen Entwicklung bereit sei, angemessene Maßnahmen zu treffen und den Zeitplan für die jeweiligen Maßnahmen an die Situation anzupassen. Im Rahmen ihrer mittelfristig ausgerichteten Politik bieten sich der Bundesregierung mehrere Ansatzpunkte, die sich gegebenenfalls gegenseitig ergänzen könnten.

Zunächst wäre denkbar, daß die gegenwärtig für den 1. Januar 1988 geplante zweite Phase der Einkommensteuerreform vorgezogen wird⁽¹⁾. Dies könnte die Steuerbelastung verringern und so das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte schon 1987 um einen Betrag von rund 9 Milliarden DM (oder 0,5% des BIP) erhöhen und damit zu einer gewissen Beschleunigung des privaten Verbrauchs beitragen. Es bleibt jedoch die Frage, wann diese Maßnahme ihre ganze Wirkung auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entfalten würde. Eine zusätzliche Möglichkeit zur Beschleunigung dieser Wirkung wäre kurzfristig, bestimmte Maßnahmen im Rahmen des "Stabilitätsgesetzes" von 1967 zu ergreifen. Im Falle einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung erlaubt es dieses Gesetz der Bundesregierung insbesondere, die Einkommensteuern und die Körperschaftssteuern für die Dauer höchstens eines Jahres um maximal 10% zu senken; dafür steht ein vereinfachtes Verfahren zur Verfügung. Aufgrund des gleichen Gesetzes kann sie auch die durch Kredite finanzierten öffentlichen Investitionen um 5 Milliarden DM oder 0,25% des BIP erhöhen. Zwar nehmen die öffentlichen Investitionen in Deutschland bereits recht kräftig zu, doch schließt dies eine etwaige beschleunigte Durchführung "technisch ausgereifter" Projekte nicht aus, deren wirtschaftliche und soziale Rentabilität überprüft wurde. Schließlich könnte auch die große Steuerreform, die gegenwärtig noch für Anfang der neunziger Jahre geplant ist, früher verwirklicht werden, was es ermöglichen würde, das Produktionspotential mittelfristig zu vergrößern. Diese Reform, die zu gleichen Teilen den Unternehmen und den privaten Haushalten zugute käme, müßte allerdings von Bundesregierung und Parlament noch gründlich diskutiert werden.

(1) Die Aufstockung des Volumens dieser Reform für 1988, wie sie im "Louvre-Kommuniqué" vom 22.2.87 angekündigt ist, wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser Schritt könnte jedoch nicht schon 1987 wirksam werden, wie dies wünschenswert wäre.

Für welche Dosierung der Instrumente man sich letzten Endes auch entscheiden wird, in jedem Falle müssen sie unter dem Gesichtspunkt ihrer kurz- und mittelfristigen Auswirkungen sowohl auf das Wachstum als auch auf das Produktionspotential auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft werden. So legen die Notwendigkeit einer mittelfristigen Verstärkung des Produktionspotentials wie auch die Ungewißheit über die Art und Weise, in der die privaten Haushalte einen Einkommenszuwachs auf Verbrauch und Ersparnis verteilen würden, ganz besonders nahe, Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die der unmittelbaren Stützung der privaten und öffentlichen Investitionen dienen würden.

Diese Maßnahmen könnten eine begrenzte und vorübergehende Zunahme des Defizits der öffentlichen Haushalte im Vergleich zu dem zur Zeit erwarteten Niveau von 1% des BIP zur Folge haben. Damit bei den privaten Investoren keine ungünstigen Erwartungen entstehen und damit es nicht zu einem Aufwärtsdruck auf die langfristigen Zinsen kommt, muß weiterhin klar sein, daß die notwendige mittelfristige Kontrolle der Staatsverschuldung durch diese Zunahme des Defizits nicht in Frage gestellt wird.

In zwei anderen großen Ländern, nämlich Frankreich und dem Vereinigten Königreich, sind bedeutsame Fortschritte erzielt worden, was den Umfang des Defizites und der Staatsverschuldung angeht. Die Haushaltssituation ist in diesen Ländern jedoch weniger stabil als in der Bundesrepublik Deutschland. Hinzu kommt eine in bestimmten Punkten recht unterschiedliche wirtschaftliche Lage in Frankreich und dem Vereinigten Königreich auf der einen und in Deutschland auf der anderen Seite. In Frankreich ist der Anpassungsprozeß der Produktionskapazitäten noch nicht so weit gediehen wie jenseits des Rheins, und die Zahlungsbilanzsituation ist noch anfällig. Daher hängen die Möglichkeiten dieses Landes, die Binnennachfrage zu beschleunigen, von einer kräftigeren Auslandsnachfrage ab. Aus außenwirtschaftlichen Gründen ist auch das Vereinigte Königreich zu einer gewissen Vorsicht gezwungen, zumal die nominalen Lohnkosten noch in recht raschem Tempo zunehmen dürften.

.../...

In diesen beiden Ländern könnte dennoch unter Beibehaltung der Ziele der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung sowie der Verringerung der Steuerbelastung(1) das Tempo des Defizitabbaus angepaßt werden, sofern die Entwicklung der externen Nachfrage einen Ausgleich durch die inländische Nachfrage rechtfertigen würde. So könnten auch diese Länder zur Verstärkung des Wachstums in Europa beitragen. Die Auswirkungen einer Verlangsamung der Haushaltskonsolidierung auf die Leistungsbilanz dieser Länder dürften noch geringer ausfallen, wenn die Koordinierung auf europäischer Ebene ermöglichen würde, die Expansion des innergemeinschaftlichen Handels aufrechtzuerhalten.

In fast allen anderen Mitgliedstaaten bleibt die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vordringlich, auch wenn dies ein schmerzhafter Prozeß ist. Allerdings könnte sie ihre Ziele auf einem höheren Produktions- und Beschäftigungsniveau erreichen, wenn die Rahmenbedingungen in der Gemeinschaft dynamischer würden. Gleichwohl können diese Länder ebenfalls zur Verstärkung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung beitragen, indem sie entschlossen an die angemessenen Umschichtungen ihrer öffentlichen Einnahmen und Ausgaben herangehen.

Die Wirksamkeit der ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen wird von einer Reihe von Faktoren abhängen:

Zunächst einmal wird eine solche Aktion um so wirksamer sein, je günstiger die Rahmenbedingungen in bezug auf internationale Währungsstabilität und Ausweitung des Welthandels sind, unter denen sie sich vollzieht. Die Gemeinschaft hat selbstverständlich nicht alle Parameter dieses Problems in der Hand, dessen Lösung eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Wirtschaftszonen erfordert, doch kann sie nach besten Kräften dazu beitragen. Diese Lösung muß im übrigen der Notwendigkeit Rechnung tragen,

(1) wie es im "Louvre-Kommuniqué" vom 22.2.87 bekräftigt worden ist.

gegenwärtige protektionistische Tendenzen zu bekämpfen und umzukehren sowie zu einer Lösung der Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer beizutragen.

Der Erfolg hängt auch von einer engen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten ab. Die drei Länder, die - in unterschiedlichem Maße - eine aktive Rolle spielen könnten, bestreiten allein 60% des BIP der Gemeinschaft. Ihre jeweiligen Möglichkeiten werden jedoch auch hier wiederum in unterschiedlichem Grade von der Dynamik der Außenwirtschaft bestimmt. Es kommt darauf an, durch enge Zusammenarbeit zu verhindern, daß eine Belebung des Wachstums in dem einen oder anderen Land auf außenwirtschaftliche Zwänge stößt, da dann um so einschneidendere Anpassungsmaßnahmen notwendig würden.

Schließlich müssen auch sämtliche Elemente der Kooperativen Strategie gleichzeitig berücksichtigt werden. Es geht nicht darum, ein konjunkturelles Strohfeuer zu entzünden, sondern vielmehr um die Einleitung eines dynamischen, dauerhaften und sich selbst tragenden Prozesses unter stabilen Bedingungen, bei dem nach und nach weitere Spielräume entstehen können und der die bisherigen Sanierungsbemühungen nicht wieder in Frage stellt.

Dazu bedarf es der Zusammenarbeit aller. Es ist daher notwendiger denn je, daß alle Regierungen den sozialen Dialog mit den Sozialpartnern über sämtliche Themen der Kooperativen Strategie auf nationaler Ebene aufnehmen oder intensivieren, um rasch alle Voraussetzungen für ein kräftigeres und beschäftigungswirksames Wachstum zu schaffen.

I.4 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Die unerwartet rasche Dollarabwertung und die Abschwächung des Welthandels beeinträchtigen die Ausfuhren der Gemeinschaft. Auch die Investitionstätigkeit ist davon betroffen. Die günstigen Auswirkungen der seit einem Jahr eingetretenen Verbesserung der realen Austauschverhältnisse (Terms of

Trade) erweisen sich als unzureichend, um die im letzten Jahreswirtschaftsbericht für das Jahr 1987 erwartete Wachstumsrate von 2,8% zu erzielen: Nach den gegenwärtigen Vorausschätzungen läge diese Wachstumsrate lediglich bei 2,3% und selbst diese Prognose kann angesichts der bedeutenden Risiken, die das internationale Umfeld belasten, noch als optimistisch angesehen werden. Die Gemeinschaft würde so auf einem Wachstumspfad verharren, der bestenfalls noch ausreichen könnte, um die Arbeitslosenquote auf dem unannehmbaren Niveau von 12% der Erwerbspersonen zu stabilisieren, ohne daß sich der mittelfristig angestrebte Rückgang auch nur abzeichnen würde.

Die Kommission wird in ihrer Juli-Mitteilung eine Zwischenbilanz der Anwendung der Kooperativen Gemeinschaftsstrategie erstellen. Sie schlägt jedoch bereits jetzt eine erste Berücksichtigung der wirtschaftspolitischen Probleme vor, die sich auf internationaler und nationaler Ebene stellen.

Hinsichtlich der internationalen Wirtschafts- und Währungsprobleme zeigt das "Louvre-Kommuniqué" vom 22. Februar 1987, was die teilnehmenden Regierungen und Zentralbanken ihrer Meinung nach zu tun beabsichtigen, um den internationalen Anpassungsprozeß zu erleichtern, den Wachstumsprozeß bei Erhalt der Preisstabilität zu verstärken und die Wechselkurse der Hauptwährungen in der Nähe ihrer derzeitigen Niveaus zu stabilisieren. Für die Gemeinschaft ist es von Bedeutung, bei den internationalen Zusammenkünften der nächsten Monate mit einer Stimme sprechen zu können. Dies gilt nicht nur für die Handelspolitik und die Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer, sondern auch für den Bereich der wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den großen industrialisierten Wirtschaftszonen.

Die Zahlungsbilanzungleichgewichte zwischen diesen Zonen stellen eine schwere Belastung für die Stabilität des internationalen Währungssystems und den Welthandel dar. Ihr Abbau erfordert die entschlossene Fortführung der internen Anpassungspolitiken. Dies bedeutet insbesondere, daß das Haushaltsdefizit in den Vereinigten Staaten in dem von der Regierung vorgesehenen Maß abgebaut wird, und daß in Japan günstige Bedingungen dafür geschaffen werden, daß die inländische Nachfrage rasch an die Stelle der Ausfuhren tritt. Die Gemeinschaft muß ihren Teil der Verantwortung übernehmen, indem sie die internen Bestimmungsfaktoren ihres Wachstums weiter stärkt.

.../...

Solange jedoch die Entwicklung der fundamentalen Bestimmungsfaktoren sich noch nicht stabilisierend auf die Devisenmärkte auswirkt, ist es Aufgabe einer engen Zusammenarbeit zwischen den Währungsbehörden der großen Wirtschaftszonen, den Wechselkurs des USD zu stabilisieren. Diese Stabilisierung ist erforderlich, damit die bereits eingetretenen Wechselkursänderungen ihre gleichgewichtsfördernde Wirkung entfalten können und damit sich das Risiko eines Überschießens der Wechselkurse verringert. In dieser Hinsicht sollte das Zinsgefälle zwischen Europa und den Vereinigten Staaten eine größere Rolle spielen. Beiderseits des Atlantiks sind die Währungsbehörden jedoch mit einem Dilemma konfrontiert. Die amerikanischen Währungsbehörden müssen die Folgen berücksichtigen, die eine restriktivere Geldpolitik für das inländische Wachstum und für die Lage der hochverschuldeten Länder hätte. Die europäischen Währungsbehörden, insbesondere die deutsche, müssen gleichzeitig den Auswirkungen der bereits eingetretenen Aufwertung ihrer Währungen auf die Konjunktorentwicklung und der notwendigen Wahrung der Glaubwürdigkeit einer auf mittelfristige Stabilität ausgerichteten Geldpolitik Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß die Gemeinschaft weiterhin aus der Stabilität, die das EWS ermöglicht, Vorteile ziehen kann. Der Zusammenhalt des EWS sollte daher gesichert und weiter verstärkt werden. In diesem Zusammenhang bleibt eine besondere Wachsamkeit bei der Gestaltung der Zinsdifferentiale zwischen den verschiedenen Währungen des EWS von wesentlicher Bedeutung.

Um die internen Wachstumsbedingungen zu verbessern, muß sich die Gemeinschaft auf die grundlegenden Leitlinien der Kooperativen Gemeinschaftsstrategie stützen. Eine erhöhte Anpassungsfähigkeit der Märkte stellt ein wichtiges Element dieser Strategie dar. Insbesondere die Verwirklichung des Binnenmarktes wird das Produktionspotential der Gemeinschaft deutlich verstärken; auf diesem Gebiet würden durch schnelle Fortschritte willkommene Zeichen gesetzt. Die gegenwärtige Abschwächung der Gesamtnachfrage legt allerdings bereits jetzt eine noch nachdrücklichere und entschlosseneren Anwendung der Leitlinien der Strategie nahe, nicht nur was die Angebots- sondern auch was die Nachfragebedingungen angeht.

Um dauerhaft zu sein, muß sich die notwendige Wachstumsbeschleunigung auf eine günstige Entwicklung der Unternehmensinvestitionen stützen. Die Kommission fordert daher die Sozialpartner auf, ihre Anstrengungen

.../...

fortzusetzen, um die Unternehmensrentabilität weiter zu verbessern und die Investitionsneigung deutlich zu erhöhen. Sie wiederholt ihren Appell an die Regierungen und die Sozialpartner, den sozialen Dialog über sämtliche Themen der Kooperativen Strategie aufzunehmen oder zu verstärken, um einer Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems näherzukommen.

Die Kommission fordert den Rat "Wirtschaft und Finanzen" auf, in Übereinstimmung mit dem im Dezember verabschiedeten Jahreswirtschaftsbericht alle Möglichkeiten für eine "koordinierte Beschleunigung haushaltspolitischer Maßnahmen zur Verbesserung der Angebotsbedingungen und der Nachfragebedingungen" zu prüfen.

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt offensichtlich über den größten Handlungsspielraum. Der Bundesregierung bieten sich mehrere, sich gegenseitig ergänzende Ansatzpunkte, um die Bestimmungsfaktoren des Wachstums zu stärken. Diese Ansatzpunkte wären das Vorziehen⁽¹⁾ der für den 1. Januar 1988 bereits beschlossenen Steuerreform, das Ergreifen bestimmter Maßnahmen auf dem Gebiet der Besteuerung und der öffentlichen Investitionen in Anwendung des "Stabilitätsgesetzes" von 1967 sowie die frühere Verwirklichung der gegenwärtig noch für das Ende der Legislaturperiode geplanten großen Steuerreform. Die in Frage kommenden Maßnahmen könnten eine begrenzte und vorübergehende Zunahme des Defizits der öffentlichen Haushalte zur Folge haben. Es muß jedoch weiterhin klar bleiben, daß die notwendige Kontrolle der Staatsverschuldung durch diese Zunahme mittelfristig nicht in Frage gestellt wird. In zwei anderen großen Ländern, nämlich Frankreich und dem Vereinigten Königreich, sind bedeutsame Fortschritte erzielt worden, was die Entwicklung der Staatsverschuldung angeht. Noch ist die Haushaltssituation in diesen Ländern jedoch weniger stabil als in der Bundesrepublik Deutschland, und außenwirtschaftliche Beschränkungen zwingen noch zu großer Vorsicht. Diese beiden Länder könnten dennoch gewisse Maßnahmen zur Verbesserung ihres Produktionspotentials in Betracht ziehen, sofern die Kooperation auf europäischer Ebene ein verstärktes Wachstum des innergemeinschaftlichen Handels ermöglichen würde. Diese Maßnahmen könnten zu einer Verlangsamung beim Abbau ihrer Haushaltsdefizite führen. In den meisten anderen Ländern bleibt die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen weiterhin vordringlich. Allerdings könnte sie auf einem höheren Produktions- und Beschäftigungsniveau erreicht werden, wenn die Rahmenbedingungen in der Gemeinschaft dynamischer würden.

(1) Die Aufstockung des Volumens dieser Reform für 1988, wie sie im "Louvre-Kommuniqué" vom 22.2.87 angekündigt ist, wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser Schritt könnte jedoch nicht schon 1987 wirksam werden, wie dies wünschenswert wäre.

II. Verbesserung der Wirksamkeit der Beratungen im Rat über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft

Die Kommission hat Überlegungen über die Wirksamkeit der Beratungen angestellt, die gemäß Artikel 1 bis 4 der Ratsentscheidung vom 18. Februar 1974 (1) dreimal jährlich stattfinden; hierbei hat sie sich sowohl mit dem Aspekt der Umsetzung der auf Gemeinschaftsebene aufgestellten Leitlinien in konkrete nationale Maßnahmen als auch mit dem Aspekt der Konvergenz der Wirtschaftsentwicklungen befaßt. In diesem Zusammenhang hat sie der in der Handhabung des europäischen Währungssystems gemachten Erfahrungen Rechnung getragen.

Aus verschiedenen Gründen dürfte eine solche Überprüfung besonders angezeigt sein. Die laufende Überprüfung der Umsetzung der kooperativen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie ist, wie vom Europäischen Rat in Den Haag im Juni 1986 verlangt, wirksam sicherzustellen; ebenso müssen die Fortschritte in der nominalen Konvergenz in Richtung auf Stabilität konsolidiert und verstärkt und der Prozeß der realen Konvergenz gefördert werden, damit die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den Regionen der Gemeinschaft verringert werden. Wie in Artikel 130 B der Einheitlichen Europäischen Akte ausgeführt, müssen dieses Ziel und die hieraus folgende Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts auch durch eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken angestrebt werden. Außerdem wird die Kommission - wie es der vom Rat im Dezember 1986 verabschiedete Jahreswirtschaftsbericht für 1987 vorsieht - im Juli 1987 in ihrer Mitteilung an den Rat Wirtschaft und Finanzen eine Zwischenbilanz über die Durchführung der Gemeinschaftsstrategie erstellen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten werden ersucht, bis Anfang Mai 1987 einen Kurzbericht vorzulegen, der die zur Umsetzung der Strategie ergriffenen Initiativen und

(1) Entscheidung des Rates vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (74/120/EWG).

wirtschaftspolitischen Maßnahmen darlegt. Schließlich hat der Europäische Rat in London vom Dezember 1986 die Kommission aufgefordert, dem Rat Wirtschaft und Finanzen vierteljährlich über die Anwendung der Strategie zu berichten.

Nach Ansicht der Kommission müssen daher alle zweckdienlichen Wege geprüft werden, um den gemeinschaftlichen Konsens bezüglich der wirtschaftlichen Analyse und der wirtschaftspolitischen Konzeptionen zu verstärken und um die gemeinschaftlichen Orientierungen so rechtzeitig festlegen, daß sie von den nationalen Entscheidungsträgern berücksichtigt werden können. Die Konvergenzentscheidung bietet hierfür einen geeigneten Rahmen, sofern ihre Bestimmungen auch weiterhin flexibel und den Umständen entsprechend angewendet werden.

Die sich hieraus ergebende Verstärkung der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken ist um so mehr angebracht, als die Verwirklichung des Binnenmarktes durch konvergenter und dynamischere wirtschaftliche Entwicklungen beträchtlich erleichtert wird; gleichzeitig fördert die Verwirklichung des Binnenmarktes eine solche Entwicklung. Die vollständige Liberalisierung der Kapitalbewegungen und die Freizügigkeit der finanziellen Dienstleistungen sind integrierender Bestandteil dieses Projektes. Sie können dauerhaft nicht allein durch die im Übrigen sehr notwendige Verstärkung der währungspolitischen Zusammenarbeit gewährleistet werden. Wenn man die Spielregeln einer integrierten und liberalisierten finanziellen Einheit beachten will, führen zu sehr divergierende Entwicklungen vor allem bei den öffentlichen Finanzen und den Lohnkosten entweder zu einer restriktiven Geldpolitik oder zu einer unerwünschten Schwächung der Wechselkursdisziplin innerhalb des europäischen Währungssystems.

Die drei jährlichen Beratungen über die Wirtschaftslage

1. Die Mitteilung der Kommission an den Rat Wirtschaft und Finanzen im Juli

Dieses Ziel läßt sich am besten dadurch erreichen, wenn bei der Beratung über die Wirtschaftslage, die anlässlich der Mitteilung der Kommission an

den Rat Wirtschaft und Finanzen im Juli stattfindet, der Dialog zwischen Rat und Kommission, über die zu verfolgende Wirtschaftspolitik vertieft wird. Zum einen verfügt nämlich die Kommission im Frühjahr über die ersten wirtschaftlichen Vorausschätzungen für das folgende Jahr, was ihr die Möglichkeit gibt, sich zur Wirtschaftspolitik des folgenden Jahres zu äußern und die mittelfristigen Wirtschaftsperspektiven zu überprüfen. Zum anderen befinden sich in den Mitgliedstaaten die Vorbereitungen über die Wirtschaftspolitik und insbesondere die Haushaltspolitik noch in einem Stadium, in dem ohne größere Schwierigkeiten Gemeinschaftsorientierungen berücksichtigt werden können.

Die Kommission beabsichtigt daher den Inhalt dieser Mitteilung weiter zu entwickeln, um eine eingehende Diskussion über Analysen, Vorausschätzungen und Wirtschaftspolitik zu ermöglichen. In dieser Mitteilung werden die Ansichten der Kommission zu den wirtschafts- und haushaltspolitischen Leitlinien für das folgende Jahr dargelegt. Die Kommission wird auch aufzeigen, welches der spezifische Beitrag der Gemeinschaft zu einer besseren Konvergenz der nationalen Volkswirtschaften sein könnte.

Die Kommission wird gleichzeitig die Fakten und Vorausschätzungen vorlegen, die sich aus den im April-Mai für das folgende Jahr erstellten wirtschaftlichen Vorausschätzungen ergeben; außerdem wird sie eine Bilanz der Maßnahmen ziehen, welche die Mitgliedstaaten in Verfolgung der im Jahreswirtschaftsbericht aufgestellten Leitlinien getroffen haben. Die Beratungen über die Juli-Mitteilung wären auch die beste Gelegenheit, um - falls notwendig - die mittelfristigen Perspektiven neu zu beurteilen, und um dabei die großen Linien der Wirtschaftspolitik zu überprüfen.

Die Juli-Mitteilung der Kommission an den Rat Wirtschaft und Finanzen, die in ihrer künftig ausführlicheren Form dem Europäischen Parlament und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß übermittelt würde, könnte die Überprüfung des Entwurfs des Jahreswirtschaftsberichts durch diese Instanzen

.../...

vorbereiten und gegebenenfalls Gegenstand von Initiativstellungen sein. Die Sozialpartner würden von der Kommission im Rahmen der sogenannten "Val-Duchesse"-Sitzungen konsultiert.

Außerdem fordert die Kommission den Rat auf, die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ersuchen, daß sie ihren Parlamenten vor den großen Herbstberatungen über die Wirtschafts- und Haushaltspolitik die Mitteilung der Kommission und gegebenenfalls die Schlußfolgerungen der Ratsdiskussion über diese Mitteilung vorlegen. Eine solche Übermittlung würde dem Geist des Artikels 5 der Konvergenzentscheidung entsprechen.

2. Der Jahreswirtschaftsbericht

Das Verfahren für die Ausarbeitung und Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts braucht nicht geändert werden. Wegen der gründlicheren Vorbereitung der wirtschaftspolitischen Leitlinien könnte der eigentliche Jahreswirtschaftsbericht kürzer gefaßt werden, was die Diskussion erleichtern würde. Er bliebe jedoch das wichtigste Bezugsdokument für die Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft. Entsprechend Artikel 4 der Konvergenzentscheidung wird er vom Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses verabschiedet. Auch zu diesem Dokument würde die Kommission weiterhin die Sozialpartner im Rahmen der sogenannten Val-Duchesse Beratungen konsultieren.

Im Zusammenhang mit dem Zeitplan sind indessen einige Probleme zur Zufriedenheit aller Beteiligten zu regeln. Um den Vorschlag für den Jahreswirtschaftsbericht zu erstellen, muß die Kommission ihre Vorausschätzungen (vom April-Mai) revidieren. Mit dieser Revision kann nicht vor September begonnen werden, da im Sommer nur wenig neue Informationen verfügbar werden. Die Kommission kann folglich ihren Vorschlag nicht vor Mitte Oktober beschließen. Soll der Jahreswirtschaftsbericht vor Jahresende verabschiedet werden, dann steht dem Europäischen Parlament und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß nur wenig Zeit für die Ausarbeitung ihrer Stellungnahmen zur Verfügung.

In den letzten Jahren hat sich die Praxis eingebürgert, bereits im November, d.h. noch bevor die Stellungnahmen des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses vorliegen können, eine erste allgemeine Aussprache über den Vorschlag des Jahreswirtschaftsberichts zu führen. Im Hinblick auf die Tagung des Europäischen Rates Anfang Dezember hat sich diese Praxis bewährt, und sie wird wohl beibehalten werden. Es muß jedoch sichergestellt bleiben, daß die Stellungnahmen des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses bei der endgültigen Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts ordnungsgemäß berücksichtigt werden. Dies bedeutet, daß der Jahreswirtschaftsbericht auf einer späteren Ratstagung nach einer zweiten, unter Berücksichtigung der verschiedenen Stellungnahmen geführten Aussprache verabschiedet werden muß.

Die Kommission mißt diesem Punkt große Bedeutung bei und glaubt, daß die Synchronisierung der verschiedenen Phasen der Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts verbessert werden könnte. Sie hat ihrerseits bereits alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen, um die Arbeiten des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu erleichtern. Diese Gremien könnten ihre vorbereitenden Arbeiten auf der Grundlage der Juli-Mitteilung der Kommission beginnen, zumal diese Mitteilung ausführlicher gestaltet werden soll; dadurch würde die rechtzeitige Verabschiedung einer Stellungnahme auf höchster Ebene erleichtert.

Bezüglich der Stellungnahme des Europäischen Parlaments kann man mehrere Möglichkeiten in Betracht ziehen (1). Sofern das Europäische Parlament bereit wäre, seine November-Sitzungsperiode in der letzten November-Woche abzuhalten, könnte die Koordinierungsgruppe in den ersten Dezembertagen zusammentreten, und der Rat könnte dann den Jahreswirtschaftsbericht in der zweiten Dezemberwoche verabschieden. Dies dürfte die beste Lösung sein. Wenn das Europäische Parlament seine Stellungnahme hingegen im Dezember abgeben würde, müßte dies in der ersten Dezemberwoche geschehen, damit anschließend die Koordinierungsgruppe zusammentreten und der Rat Wirtschaft und Finanzen den Jahreswirtschaftsbericht vor der Weihnachtspause verabschieden kann. Diese Lösung könnte für die Organisation der

(1) Wahrscheinlich erst ab 1988, da der Zeitplan für 1987 bereits festgelegt ist.

Ratsarbeit Schwierigkeiten mit sich bringen. Falls keine der genannten Lösungen angenommen wird, könnte das Europäische Parlament seine Stellungnahme zu einem beliebigen Zeitpunkt im Dezember abgeben. Die Sitzungen der Koordinierungsgruppe, die zweite Beratung des Rats und die Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts müßten dann im Januar stattfinden, was allerdings einer seit mehr als zehn Jahren geübten Praxis zuwiderliefe.

3. Die Beratung der Mitteilung der Kommission durch den Rat Wirtschaft und Finanzen im März

Die Beratung über die Wirtschaftslage, die auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission an den Rat Wirtschaft und Finanzen im März stattfindet, würde weiterhin nach dem bisherigen Verfahren durchgeführt. Da die Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts erst kurze Zeit zurückliegt, würde sie in der Regel kaum zu Anpassungen der großen wirtschaftspolitischen Leitlinien führen. Gleichwohl bleibt sie sehr nützlich, weil wirtschaftliche und finanzielle Ungewissheiten insbesondere des internationalen Umfelds Anpassungen der Wirtschaftspolitik nötig machen können.

Zusammenfassend schlägt die Kommission im bestehenden Rahmen der Konvergenzentscheidung des Rates vor:

- die Rolle ihrer an den Rat Wirtschaft und Finanzen im März gerichteten Mitteilung unverändert beizubehalten;
- die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken zu verstärken und die notwendige Verbindung mit der währungspolitischen Zusammenarbeit herzustellen, um die Schaffung eines großen Binnenmarktes und die Integration der Finanzmärkte der Gemeinschaft auf eine solidere Grundlage zu stellen;
- den Inhalt ihrer an den Rat Wirtschaft und Finanzen im Juli gerichteten Mitteilung weiter zu entwickeln; diese Mitteilung gibt einen Überblick über die von den Mitgliedsländern bezüglich der Anwendung der

Orientierungen des letzten Jahreswirtschaftsberichts eingeleiteten Maßnahmen. Auf der Grundlage neuer Vorausschätzungen für das laufende und das folgende Jahr wird sie die kurz-, und wenn nötig, die mittelfristigen wirtschaftlichen Perspektiven neu beurteilen, und sie wird die Ansichten der Kommission über die Leitlinien zur Wirtschaftspolitik für das kommende Jahr darlegen; diese Mitteilung wird dem Europäischen Parlament und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß übermittelt. Die Sozialpartner werden von der Kommission konsultiert. Außerdem ersucht die Kommission den Rat, die Regierungen der Mitgliedsländer aufzufordern, diese Mitteilung und die möglichen Schlußfolgerungen des Rates - im Sinne von Artikel 5 der Konvergenzentscheidung - den jeweiligen nationalen Parlamenten im Hinblick auf die Herbstdebatten über die nationale Wirtschafts- und Haushaltspolitik vorzulegen;

- das Verfahren der Ausarbeitung und Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts nicht zu ändern. Dieser Bericht könnte sicherlich kürzer gefaßt werden, aber er bliebe das wichtigste Bezugsdokument für die Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft. Die Kommission legt Wert darauf, daß die endgültige Verabschiedung des Berichts nach einer im Lichte der verschiedenen Stellungnahmen geführten Beratung erfolgt. Zu diesem Zweck ist eine bessere Abstimmung der Sitzungstermine des Europäischen Parlaments und des Rates im November und Dezember ratsam.

Statistischer Anhang

Tabellen

Tabelle 1 : Wichtige Aggregate und makroökonomische Indikatoren für die
Zwölferegemeinschaft.

Tabelle 2 : Interne Nachfrage der großen Wirtschaftszonen seit 1980.

Tabelle 3 : Wichtige makroökonomische Aggregate für die Länder der
Gemeinschaft.

3a : Reales BIP

3b : Deflator des privaten Verbrauchs

3c : Leistungsbilanzsaldo in % des BIP

3d : Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP

3e : Pro-Kopf-Nominallohn

3f : Pro-Kopf-Reallöhne (BIP-Preise)

3g : Reale Lohnstückkosten

3h : Arbeitslosenquote in % der Erwerbspersonen

Schaubilder

Schaubild 1 : Nominaler und realer effektiver Wechselkurs

Schaubild 2 : Wachstumsdifferential der internen Nachfrage zwischen den
großen Wirtschaftszonen und ihren wichtigsten Handelspartnern

Schaubild 3 : Lang- und kurzfristige Zinssätze

Tabelle 1 : Wichtige Aggregate und makroökonomische Indikatoren
für die Zwölferegemeinschaft
(soweit nicht anders angegeben jährliche Veränderungsraten in %)

	1961/ 1973	1974/ 1980	1981/ 1983	1984	1985	1986	1987 Voraus. Okt.	1987 Voraus. Feb.
Reales BIP	4,8	2,2	0,5	2,1	2,4	2,5	2,8	2,3
Inländische Endnachfrage	5,0	2,1	0,1	1,5	2,3	3,8	3,5	3,2
Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen	8,0	4,6	2,7	7,6	5,6	1,6	3,7	2,8
Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen	8,8	3,8	0,5	5,6	5,3	5,9	6,2	5,9
Deflator des privaten Verbrauchs	4,6	12,1	10,3	7,0	5,8	3,6	3,1	3,2
BIP-Deflator	5,1	12,1	9,9	6,6	6,0	5,8	3,5	3,9
Pro-Kopf-Löhne								
- nominal	10,0	14,9	11,2	7,4	6,8	6,2	4,8	5,3
- real (BIP-Preise)	4,6	2,5	1,2	0,8	0,7	0,4	1,3	1,3
- real (Deflator des priv. Verbrauchs)	5,2	2,5	0,8	0,4	0,9	2,5	1,7	2,1
Nominale Lohnstück- kosten d)	5,3	12,4	9,5	5,2	4,8	4,6	2,8	3,7
Reale Lohnstück- kosten d)	0,1	0,3	-0,4	-1,3	-1,2	-1,2	-0,7	-0,2
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	:	:	-5,4	-5,4	-5,2	-4,7	-4,1	-4,3
Arbeitslosenquote ^{a)} (in % der Erwerbs- personen)	:	4,7 ^{c)}	11,0 ^{b)}	11,7	12,0	12,0	11,7	11,8

a) SAEG-Definition für 9 Länder und Umfragen für Griechenland, Spanien und Portugal
b) 1983

c) EUR 9 (ohne Griechenland, Spanien und Portugal)

d) Relation zwischen der Entwicklung der Pro-Kopf-Löhne und der gesamt-
wirtschaftlichen Arbeitsproduktivität (real = preisbereinigt mit dem BIP-Deflator)

Quelle : EUROSTAT und Schätzungen und Vorausschätzungen der Kommissionsdienststellen
für 1986-1987.

Tabelle 2 : Inländische Endnachfrage der großen Wirtschaftszonen seit 1980

a) Inländische Endnachfrage (real - jährliche Veränderungsrate in %)

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986*	1987*
EUR12	1,5	-1,8	0,8	0,8	1,5	2,3	3,8	3,2
USA	-1,7	4,2	-1,9	4,6	9,8	3,4	3,8	1,6
JAPAN	0,8	2,1	2,8	1,7	4,7	3,8	4,1	3,8

b) Differenz der Wachstumsraten von inländischer Endnachfrage und BIP ¹⁾ (real)

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986*	1987*
EUR12	0,3	-1,7	0,2	-0,4	-0,6	-0,1	1,3	1,0
USA	-1,3	0,7	1,1	1,6	2,4	0,7	1,1	-0,8
JAPAN	-3,5	-1,6	-0,1	-1,3	-1,0	-0,9	1,8	1,1

c) Relatives Wachstum der inländischen Endnachfrage im Vergleich zum Durchschnitt der wichtigsten Handelspartner ²⁾ (real)

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986*	1987*
EUR12	-0,1	-4,1	1,0	-1,8	-4,2	-1,2	0,2	0,5
USA	-2,8	4,1	-1,5	2,8	6,7	0,3	0,1	-1,2
JAPAN	0,6	1,0	3,9	-1,3	-1,1	0,6	0,1	0,9

1) Eine positive Zahl bedeutet, daß die inländische Endnachfrage schneller zunimmt als das BIP und entspricht einer Verschlechterung des realen Außenbeitrags.

2) Eine positive Zahl bedeutet, daß die inländische Endnachfrage dieser Zone interner schneller zunimmt als im Durchschnitt der Handelspartner (Ausfuhr-Gewichtung).

* Schätzungen und Vorausschätzungen der Kommissionsdienststellen.

Quelle : EUROSTAT und Kommissionsdienststellen.

TABELLE 3 : WICHTIGSTE WIRTSCHAFTSINDIKATOREN FÜR DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT, DIE VEREINIGTEN STAATEN UND JAPAN

TABELLE 3.a : BRUTTOINLANDSPRODUKT (VOLUMENVERÄNDERUNG IN % GEGENÜBER DEM VORJAHR, EG, USA, JAPAN, 1971-1987)									
	1971	1982	1983	1984	1985	1986	1987 Prognose von X-86	1987 I-87	
B	2.8	1.5	-1.1	1.4	1.5	2.2	1.3	1.3	1.5
DK	1.9	2.9	2.1	3.9	3.9	3.4	1.8	-5	4.0
D	2.5	-6	1.2	2.6	2.6	2.5	3.2	2.0	1.8
GR	4.2	-2	3	2.6	2.1	4	-2	-1.1	13.5
F	3.4	1.9	2.1	2.2	2.2	2.7	3.0	2.5	5.8
F	3.3	1.8	2.1	1.4	2.3	2.3	2.5	1.8	3.0
IRL	4.5	1.8	-0	4.4	2.0	1.2	3.1	2.2	3.0
I	2.9	-5	-4	2.6	2.3	2.7	3.6	3.2	4.0
I	2.5	-5	-4	2.6	2.2	2.4	2.6	2.1	1.2
NL	2.6	-1.4	9	1.7	1.7	1.9	1.8	1.6	-8
P	4.4	3.5	-3	-1.7	3.6	4.2	3.5	3.5	9.0
UK	1.6	1.5	3.4	1.8	3.7	2.4	2.7	2.9	4.3
EUR	2.7	5	1.2	2.0	2.4	2.5	2.8	2.3	3.2
USA	3.0	-2.5	3.6	6.4	2.7	2.5	2.3	2.4	3.3
JAP	4.6	3.1	3.2	5.1	4.7	2.3	2.4	2.7	3.0

TABELLE 3.b : VERBRAUCHERPREISE (DEFLATOR DES PRIVATEN VERBRAUCHS, VERÄNDERUNG IN % GEGENÜBER DEM VORJAHR, EG, US, JAPAN, 1971-1987)									
	1971	1982	1983	1984	1985	1986	1987 Prognose von X-86	1987 I-87	
B	7.2	7.4	7.5	5.9	4.8	1.3	1.5	1.5	1.5
DK	10.5	10.8	7.2	6.6	4.8	3.6	2.8	4.0	4.0
D	5.3	4.7	3.1	2.4	2.1	-5	1.1	1.1	1.1
GR	14.0	21.2	18.6	18.0	18.4	22.7	12.5	13.5	13.5
F	15.2	14.2	12.2	11.1	8.3	8.7	5.3	5.8	5.8
F	9.7	11.2	9.5	7.3	5.5	2.5	2.3	2.8	2.8
IRL	14.6	16.0	8.2	8.5	4.2	6.4	3.2	3.0	3.0
I	15.0	17.0	15.1	11.1	9.4	6.4	4.0	4.0	4.0
I	6.8	10.6	8.0	6.4	4.0	5	1.3	1.2	1.2
NL	7.4	5.3	2.8	2.6	2.6	-1	-1.0	-8	-8
P	16.9	22.5	25.5	29.3	19.3	11.7	9.0	9.0	9.0
UK	13.1	8.5	5.2	5.1	5.4	4.1	3.9	4.3	4.3
EUR	10.8	10.4	8.4	7.0	5.8	3.6	3.0	3.2	3.2
USA	7.1	5.7	3.9	3.8	3.1	2.1	3.4	3.3	3.3
JAP	8.2	2.6	1.9	2.1	2.2	1.7	1.2	1.0	1.0

TABELLE 3.c : LEISTUNGSBILANZ IN % DES BIP (EG, USA, JAPAN, 1971-1987)									
	1971	1982	1983	1984	1985	1986	1987 Prognose von X-86	1987 I-87	
B	-6	-3.3	-6	-4	-4	2.6	2.8	3.3	3.3
DK	-2.9	-4.2	-2.2	-3.5	-4.6	-4.9	-3.6	-3.2	-3.2
D	6	5	7	1.0	2.2	3.9	2.1	3.0	3.0
GR	-2.0	-3.8	-4.7	-4.1	-8.4	-7.5	-3.7	-5.9	-5.9
E	-1.0	-2.3	1.3	1.3	1.6	2.1	3.7	1.1	1.1
F	-5	-3.0	-1.7	-9	-8	-2	4	0	0
IRL	-7.1	-10.7	-6.9	-5.5	-3.2	-1.0	-1.3	-8	-8
I	-4	-1.6	2	-8	-1.1	1.1	9	9	9
I	17.5	26.7	29.1	30.2	29.6	31.6	30.7	30.4	30.4
NL	1.3	2.8	2.9	4.1	4.3	3.6	2.8	2.4	2.4
P	-	-13.5	-7.2	-3.0	1.5	4.7	4.2	3.4	3.4
UK	-4	1.5	8	4	1.0	-1	-6	-8	-8
EUR	-1	-8	-	1	5	1.2	9	9	9
USA	0	-3	-1.4	-2.6	-2.9	-3.4	-3.3	-3.4	-3.4
JAP	6	7	1.8	0	3.7	4.3	3.5	3.7	3.7

NACH VOLKSWIRTSCHAFTLICHER GESAMTRECHNUNG

TABELLE 3.7. : EINKOMMEN AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT PRO KOPF
BEREINIGT MIT BIP-PREISEN (VERÄNDERUNG IN %
GEGENÜBER DEM VORJAHR, EG, 1971-1987)

	1971	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	-	-	-	-	-	-	-
	1981						Prognose von X-86 1-87
B	4.2	1.0	0	1.4	-6	-2.0	4
DK	1.4	-1.5	-1.5	1.9	-5	-1	2.1
D	2.9	-2	3	1.3	2.8	-6.9	1.8
GR	4.0	2.5	3	3.6	3	-2.4	-1.6
E	4.7	-0	1.4	1.2	3	3	3
F	3.7	1.0	1.1	1.5	2.2	1.0	2.3
IRL	3.8	-1.1	1.1	3.1	1.1	-1.4	2.9
I	3.2	-4	1.2	1.1	2	2.0	3.4
L	3.9	-2.5	-6	-1.7	-9	-1.7	2.2
NL	2.5	-3	1.5	-4.6	1.2	3.8	2.4
P	5.3	1.7	-2.0	1.1	1.2	1.3	1.3
UK	1.7	1.5	4.0	1.1	1.2	1.3	1.3
EUR	1.6	3	1.5	9	8	4	1.3

TABELLE 3.8. : EINKOMMEN AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT PRO KOPF
ZU LAUFENDEN PREISEN (VERÄNDERUNG IN %
GEGENÜBER DEM VORJAHR, EG, 1971-1987)

	1971	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	-	-	-	-	-	-	-
	1981						Prognose von X-86 1-87
B	11.4	8.1	6.4	6.8	4.5	2.5	3.2
DK	11.3	11.4	6.5	4.9	4.8	4.3	6.0
D	8.2	4.2	3.8	3.2	3.0	3.8	3.6
GR	18.8	27.8	20.3	24.2	20.4	13.0	10.0
E	20.4	13.6	13.3	13.0	9.0	10.2	7.2
F	13.8	13.7	10.7	7.8	6.7	4.6	3.0
IRL	18.6	14.6	10.5	9.9	7.3	6.8	5.9
I	18.8	17.2	16.5	12.0	10.0	7.6	7.0
L	10.5	7.2	7.6	6.8	4.5	4.0	5.8
NL	10.1	5.8	3.2	8	1.4	2.4	1.7
P	22.1	23.9	21.8	19.8	21.9	18.2	13.3
UK	15.7	9.1	9.2	5.5	7.4	7.5	6.8
EUR	12.6	10.9	9.9	7.6	6.8	6.2	5.3

TABELLE 3.9. : ZAHLE DER ARBEITSLOSEN IN % DER ZIVILEN
ERWERBSBEVÖLKERUNG (EG, USA,
JAPAN, 1971-1987)

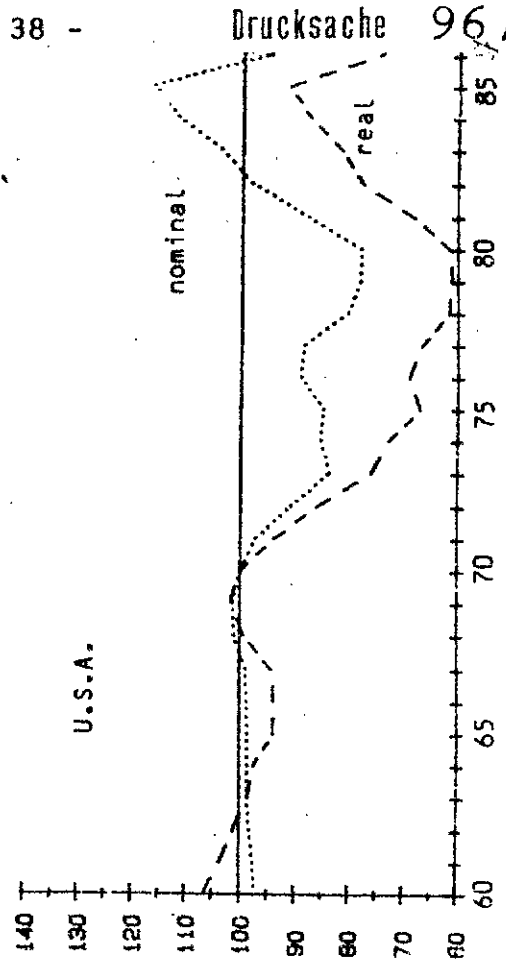
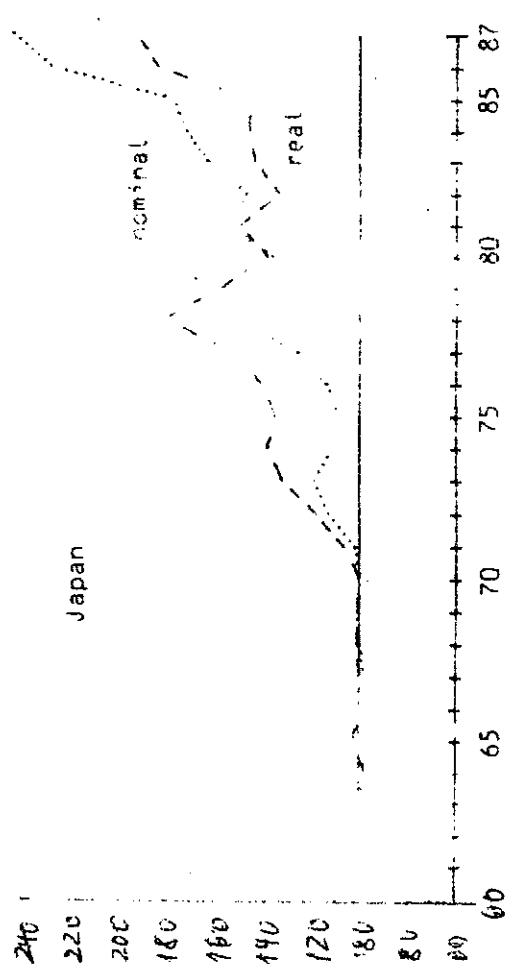
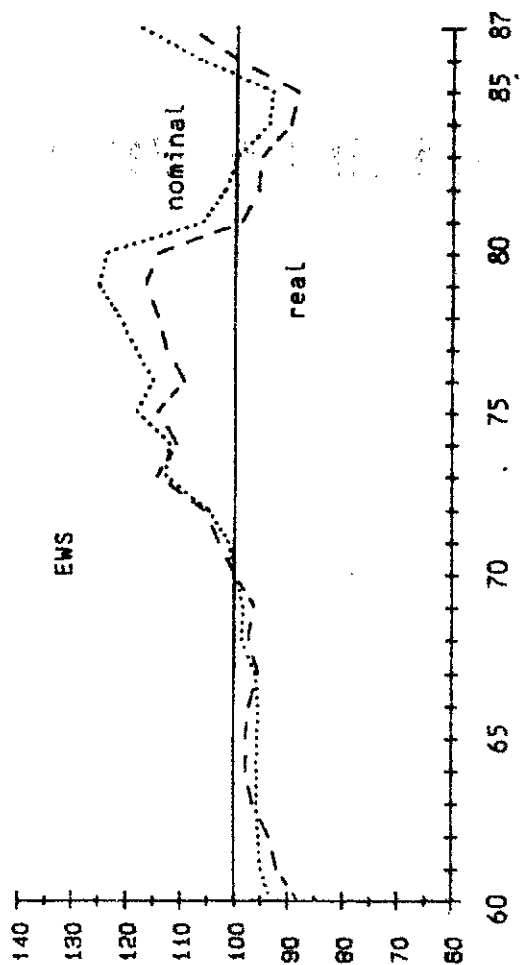
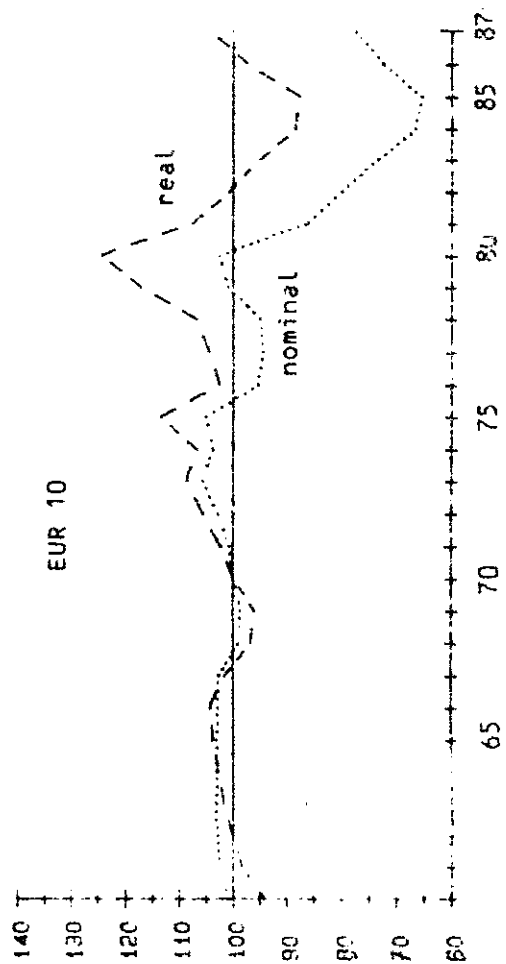
	1971	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	-	-	-	-	-	-	-
	1981						Prognose von X-86 1-87
B	6.0	13.0	14.3	14.4	13.7	12.9	13.4
DK	4.6	9.3	10.1	9.9	8.8	7.6	8.3
D	2.9	6.9	8.4	8.4	8.4	8.1	7.9
GR	-	-	17.8	8.1	7.8	7.6	8.3
E	4.2	8.7	8.8	20.6	22.1	21.5	20.8
F	7.6	12.3	14.9	9.9	10.3	10.7	11.1
IRL	5.9	9.7	10.9	16.6	17.7	18.3	18.6
I	4	1.3	1.6	1.8	1.6	1.3	1.2
L	4.9	11.8	14.3	14.5	13.1	12.1	11.2
NL	-	-	8.6	9.3	8.7	8.6	8.5
P	4.5	10.6	11.6	11.8	12.0	11.9	11.3
UK	-	-	11.0	11.7	12.0	12.0	11.8
EUR	6.5	9.7	9.6	7.5	7.2	7.0	7.0
USA	1.8	2.4	2.7	2.7	2.6	2.8	3.2
JAP	-	-	-	-	-	-	-

TABELLE 3.9. : EINKOMMEN AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT PRO KOPF
BEREINIGT MIT BIP-PREISEN, DIVIDIERT DURCH ARBEITSPRODUKT
VITAL (VERÄND. IN % GEGENÜBER DEM VORJAHR, EG, 71-87)

	1971	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	-	-	-	-	-	-	-
	1981						Prognose von X-86 1-87
B	1.5	-1.9	-3.1	-0	-1.7	-3.8	-1.5
DK	-1.1	-2.3	-2.2	-2.4	-1.0	-1.1	-1.8
D	2	-1.2	-1.0	-1.2	-1.4	-1.7	-2.4
GR	3	1.3	-1.0	7.6	1.9	-7.0	-2.2
E	1.1	-2.1	-1.6	-4.7	-2.8	-1.1	-1.6
F	7	-7	-1.1	-1.8	-6	-1.6	-1.9
IRL	1	-1.8	-1.9	-2.5	-2.3	-1.4	-2.2
I	9	-0	1.8	-1.0	-2.5	-4.2	-1.3
L	2.5	-3.6	-3.4	-4.5	-2.0	-3.0	-1.1
NL	-0	-1.3	-1.4	-3.9	-1.5	1.3	2.5
P	2.3	-6	-6	-1.9	-4.0	-5.3	-1.5
UK	-1	-1.7	-6	1.0	-1.1	2.0	4
EUR	-9	-1.3	-6	-6	-1.2	-1.3	-7

SAEG DEFINITION: EUR9 : REGISTRIERTE ARBEITSLOSE;
GR, E, P: STICHPROBENERHEBUNG ÜBER ARBEITSKRAEFTE.

Schaubild 1 : Nominaler und realer 2) effektiver 1) Wechselkurs
(Basis 100 in 1971)

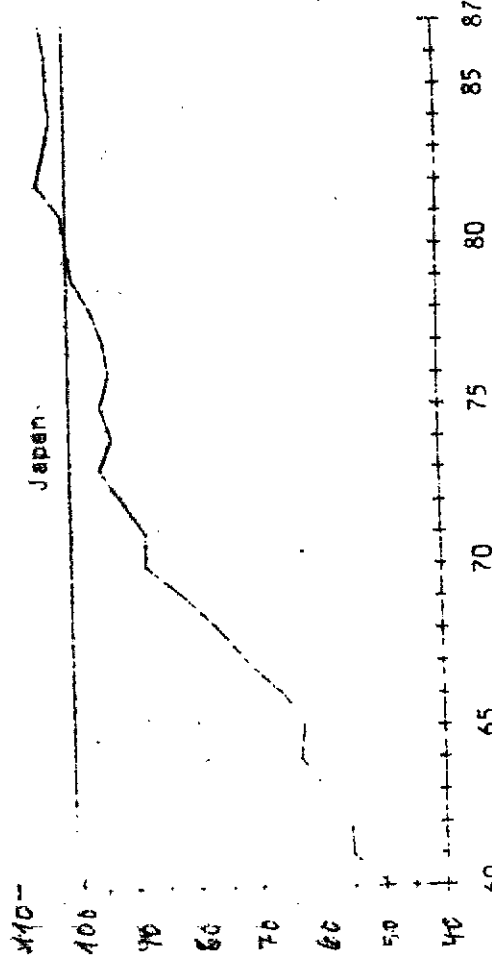
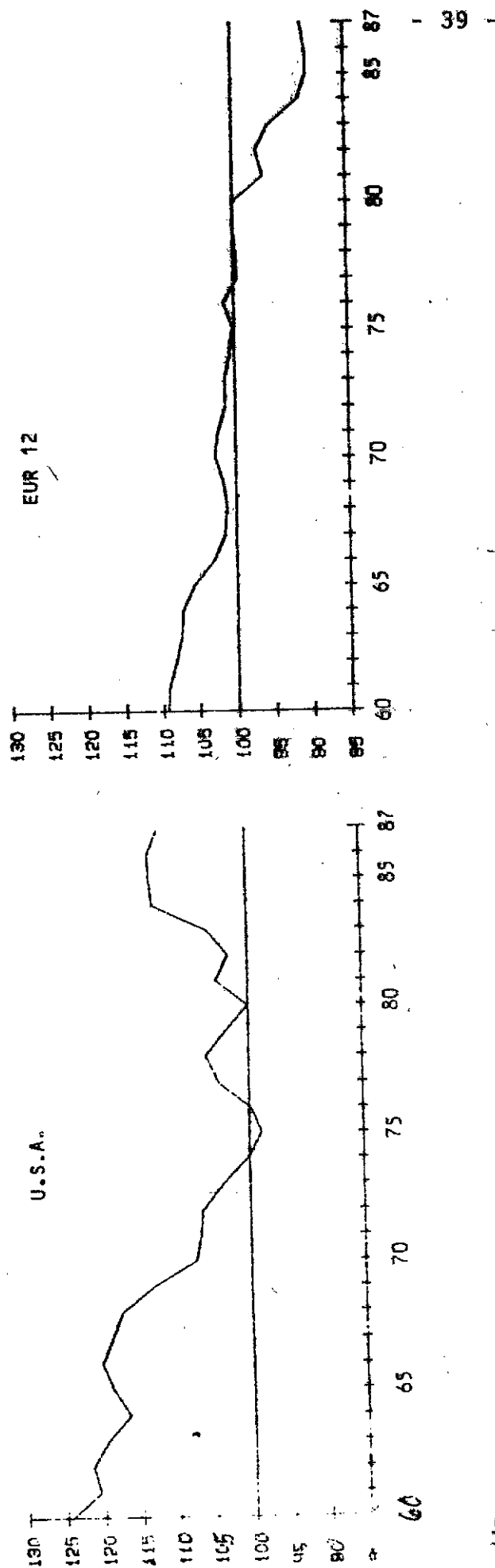


- 1) Exportgewichtung, die dem Wettbewerb auf den Drittmarkten Rechnung trägt.
2) Auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamt-Wirtschaft.

Quelle: Kommissionsdienststellen.

Schaubild 2 :

1) Wachstumsdifferential der internen Nachfrage zwischen den grossen Wirtschaftszonen und ihren wichtigsten Handelspartnern
(Index 1980 = 100)



1) Interne Nachfrage (Index) der jeweiligen Wirtschaftszonen geteilt durch den entsprechenden Durchschnittsindex (Exportgewichtung) ihrer wichtigsten industrialisierten Handelspartner.

Quelle : Kommissionsdienststellen

Schaubild 3a :

Kurzfristige Zinssätze

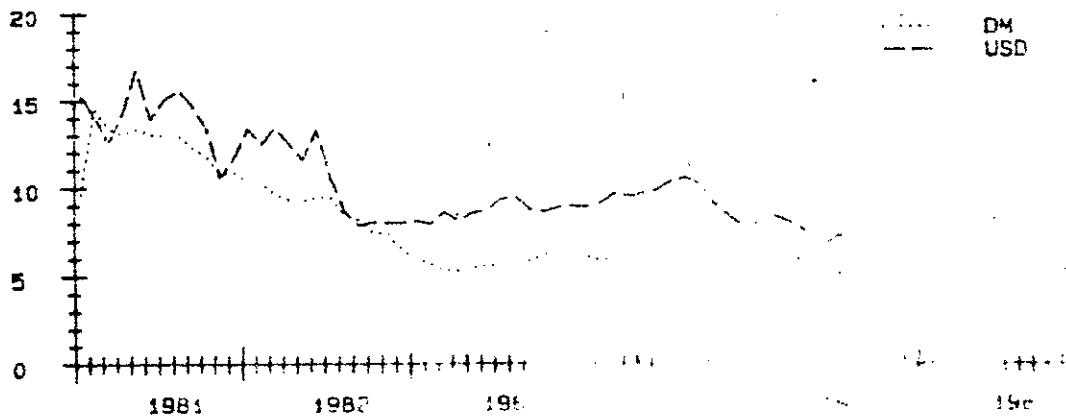
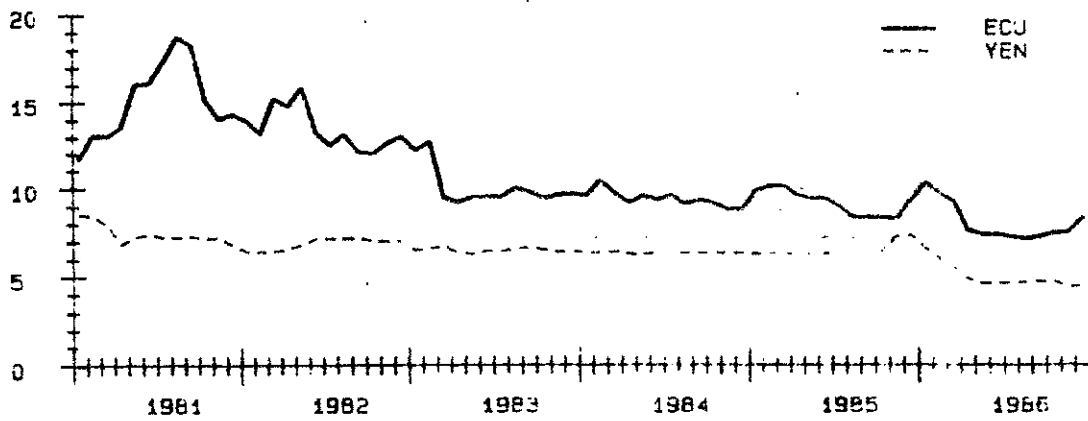
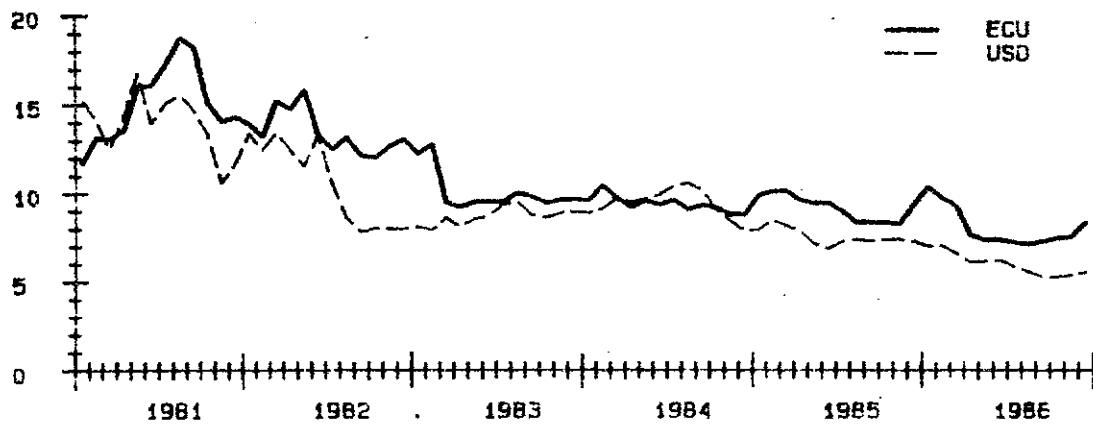
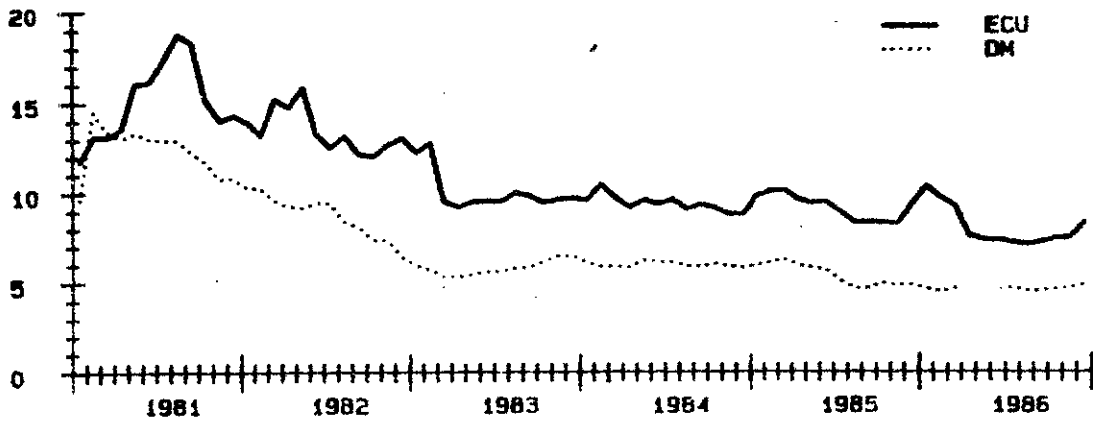
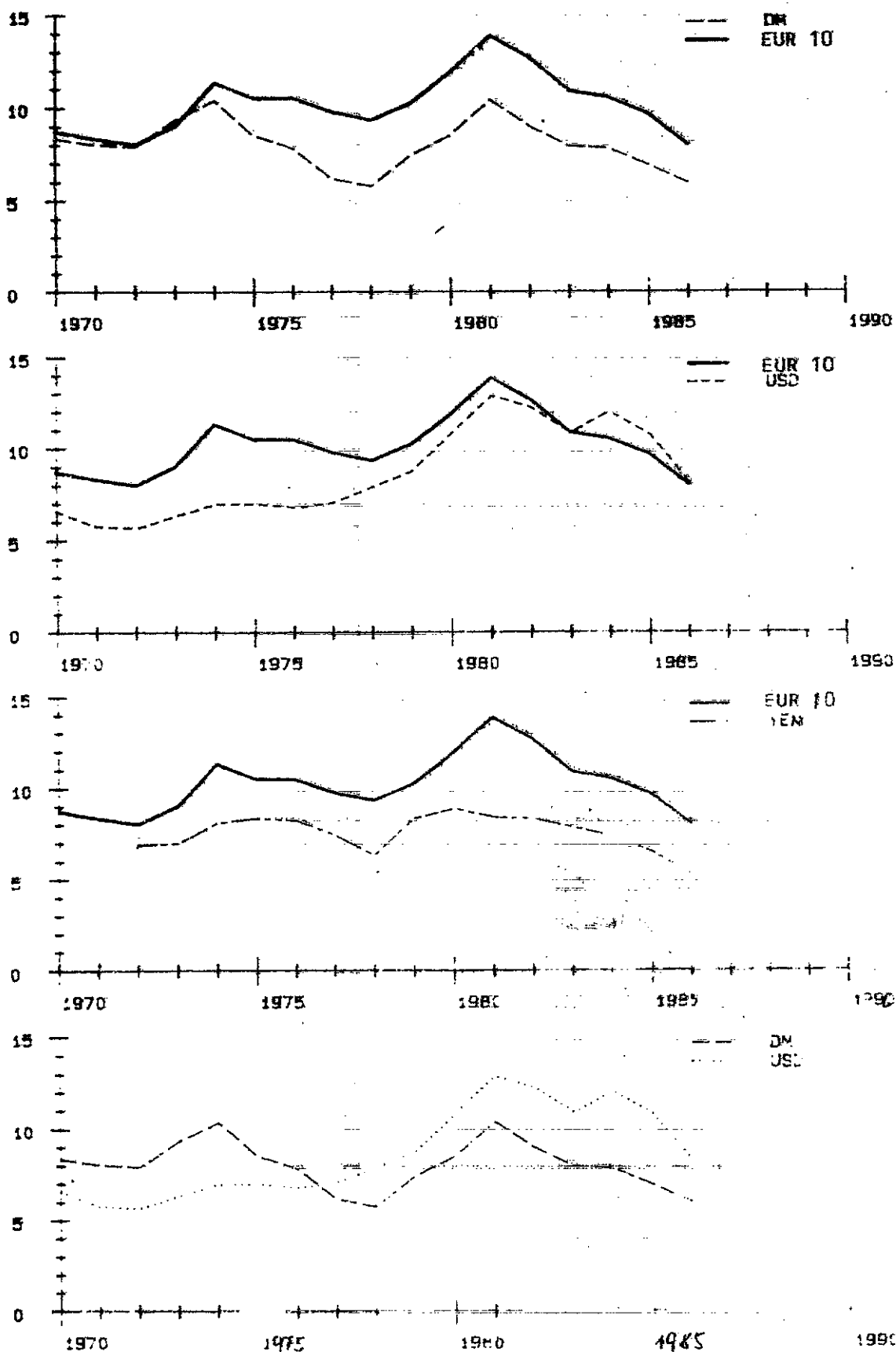


Schaubild 3b :

Langfristige Zinssätze
(Jahresdurchschnitt)



Beschluß

des Bundesrates

zu

Vorschlägen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Der Bundesrat hat Kenntnis genommen von

1. Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Die **wirtschaftliche Lage** und **Probleme der wirtschaftspolitischen Koordinierung** in der Gemeinschaft
KOM(87) 77 endg.; Ratsdok. 5079/87
- Drucksache 96/87 -
2. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 83/189/EWG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der **Normen und technischen Vorschriften**
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der **Normen und technischen Vorschriften für landwirtschaftliche Erzeugnisse**
KOM(87) 52 endg.; Ratsdok. 5025/87
- Drucksache 97/87 -
3. Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat über die Lage auf dem **Alkoholmarkt** in der Gemeinschaft
KOM(87) 53 endg.; Ratsdok. 5352/87
- Drucksache 123/87 -

...

4. Vorschlag für einen Beschluß des Rates über den Abschluß des Protokolls zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende **Luftverunreinigung** (Genf 1979) betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen (SO₂) oder ihrer grenzüberschreitenden Flüsse um mindestens 30 Prozent

KOM(87) 67 endg.; Ratsdok. 5686/87

- Drucksache 144/87 -

Die Beschlüsse sind gemäß § 35 GO BR gefaßt worden.